

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA)

IDA-Infomail
Nummer 4, August 2017, 18. Jg.

Editorial	S. 1
Neues von IDA und IDA-NRW	S. 2
Neues aus unserer Vielfalt-Mediathek	S. 8
Aus den Mitgliedsverbänden	S. 10
Aktion, Information	S. 14
Seminare, Tagungen	S. 25
Impressum	S. 31

Editorial

Rassismus ist besiegt! Nun haben [Neurobiolog_innen herausgefunden](#), dass die Wirkung positiver sozialer Normen in Verbindung mit der Gabe des „Kuschelhormons“ Oxytocin selbst bei ablehnend eingestellten Menschen die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass sie Geflüchteten helfen. IDA hat daher sein Arbeitsprogramm mit sofortiger Wirkung vollständig revidiert. In Zukunft wird sich IDA auf Kuschelseminare spezialisieren. Lassen sich damit auch anderen Formen der Diskriminierung bekämpfen? Unser Workshop „Diversität“ wird künftig intersektional kuscheln und es herausfinden – Einzelzimmer waren übrigens gestern. Neue Publikationen werden die alten Broschüren und Flyer ersetzen: „Hier geblieben – Kuscheln mit Geflüchteten“ und „Kuscheln gegen Nazis – Erste Annäherungen“.

Neu ins Programm werden die praktischen Oxytocin-Sprays aufgenommen. Sollten Sie in der Jugendgruppe rassistische Vorbehalte feststellen – vergessen Sie Rassismustheorie, Argumentationstrainings, Methodenbausteine und die Mobilien Beratungen. Behandeln Sie den Raum mit Hormonspray und gehen Sie beim Knuddeln mit gutem Beispiel voran.

Über unsere Arbeit hinaus eröffnen sich vielfältige Perspektiven: Hundertschaftspolizist_innen werden künftig im Nahkuscheln ausgebildet, bei

Demos tragen sie Hormon- statt Pfefferspray, Wasserwerfer werden umfunktioniert, Schutzanzüge jedoch sind nur noch hinderlich. Wie anders hätte der G20-Gipfel in Hamburg ausgesehen? – Umarmungen statt Betonplatten, Kommando Spezialknuddeln statt Kommando Spezialkräfte. Beratungsstellen für rassismuserfahrene Menschen empfehlen: Imprägnieren Sie Ihre Klausuren und Bewerbungsunterlagen mit Oxytocin. Struktureller Rassismus wird zerbröseln: Weiße Ghettos werden endlich integriert; Menschen werden nicht mehr nach biologistischen Kategorien kontrolliert; das Asylbewerberleistungsgesetz wird abgeschafft; das Recht auf Bildung für jedes geflüchtete Kind verwirklicht; jede_r kommt in die Disko; vermeintlich neutrale Regelungen, die muslimische, Kopftuch tragende Lehrerinnen benachteiligen, werden abgeschafft; die Argumente von Menschen werden anerkannt werden, statt ihnen zu sagen, sie sollten dahin gehen, wo sie herkommen, auch wenn das eigentlich Bielefeld ist; der nächste EU-Gipfel beseitigt wirtschaftliche Ungleichheiten zwischen Afrika und Europa und öffnet legale Fluchtwege, so dass der Geburtsort eines Menschen nicht mehr sein Lebensschicksal bestimmt...

Aber nun viel Freude beim Stöbern – ganz ohne Ironie – wünscht Sebastian Seng

IDA informiert:**„Ist doch normal, oder?“ – Diversitätsbewusstsein in Einrichtungen der Jugend(bildungs-)arbeit entwickeln und verankern – Noch Plätze frei!***13. bis 15. Oktober 2017, Naturfreundehaus Hannover*

Die Gesellschaft, in der wir leben, ist geprägt von Diskriminierung und Ungleichheit. Der Zugang zu Ressourcen und Institutionen ist u. a. davon abhängig, wie Menschen im Hinblick auf unterschiedliche Differenzlinien – etwa Religion, sexuelle Orientierung, Geschlecht, soziale und ethnisierte Herkunft oder Gesundheit – positioniert werden.

Diese Differenzlinien und ihre diskriminierenden Folgen wirken sich auch auf die Jugend(verbands)- und Bildungsarbeit aus. Sie werden relevant im Verhältnis zwischen Pädagog_innen und Adressat_innen, Haupt- und Ehrenamtlichen, zwischen Kolleg_innen oder in Kooperationen zwischen Einrichtungen. Dabei äußern sie sich nicht nur im direkten Kontakt zwischen Menschen, sondern prägen auch die Strukturen und Routinen von Einrichtungen oder die Materialien, mit denen gearbeitet wird. Diskriminierende Strukturen wirken daher oft unbeabsichtigt, z. B. weil Vorstellungen davon, was und wer als „normal“ angesehen wird, aber auch was als „normal“ in der Einrichtung gilt, Menschen ausschließen und abwerten können. Ein diskriminierungskritischer Diversitätsansatz thematisiert in diesem Zusammenhang sowohl die eigene Haltung und das eigene Verhalten als auch die ausschließenden Wirkungen von Institutionen und Strukturen. In unserer eigenen Arbeit machen wir die Erfahrung, dass es im aktuellen gesellschaftlichen Klima zunehmend mehr Mühe kostet, eine kritische Auseinandersetzung mit diskriminierenden Strukturen in der eigenen Einrichtung anzuregen und durchzusetzen. Daher wollen wir mit dem Workshop einen Raum bieten, um bewusst auf unbewusst diskriminierende Strukturen im eigenen Jugendverband oder der eigenen Einrichtung zu blicken. Dabei geht es nicht darum, den Zeigefinger zu erheben, sondern um die **Fragen**,

- wie eine diskriminierungskritische Entwicklung des eigenen Verbandes aussehen kann,
- welcher Voraussetzungen und Bedingungen sie bedarf,
- was Theoriegrundlagen sein können,
- welche Tools und Methoden sich anbieten und

- wie jede_r im Arbeitsalltag Impulse setzen kann, um eine ehrliche, selbstkritische, aber auch motivierende Reflexion der Normalität in der eigenen Einrichtung oder in den eigenen Zusammenhängen anzustoßen.

Die Referent_innen – Hanna Hoa Anh Mai und Sebastian Seng – verstehen den Workshop daher in erster Linie als selbstreflexiven, selbstkritischen und achtsamen Raum des Austauschs, des gemeinsamen Arbeitens und Lernens und der kollegialen Beratung. In diesem möchten wir einen Dialog zwischen den Teilnehmer_innen über unterschiedliche Arten und Wege, Diversität in der Praxis umzusetzen sowie die Erfahrungen der Teilnehmer_innen mit diesen Prozessen ermöglichen. In diesem Sinne wird der Workshop prozessorientiert ablaufen. Je nach Wunsch und Bedarf der Teilnehmer_innen können eigenverantwortlich getrennte Räume geöffnet werden.

Zielgruppe

Der Workshop richtet sich an Ehren- und Hauptamtliche, die in der Jugend(verbands)- und Bildungsarbeit tätig sind.

Programm*Freitag, 13. Oktober*

16:00-16:30

Anreise und Anmeldung

16:30-18:00

Begrüßung, Vorstellungsrunde, Programm

19:00-21:00

Erwartungen und inhaltlicher Einstieg

Samstag, 14. Oktober

9:00-10:30

Theoretischer Input zu diskriminierungskritischer Diversität

10:45-12:30

Normalitätsvorstellungen in Institutionen und im individuellen (Arbeits-)Kontext

14:00-15:30

Normalitätsvorstellungen in Institutionen und im individuellen (Arbeits-)Kontext

15:45-18:00

Open Space I: Eigene Anliegen, Erfahrungen und Diskussionen zum Seminarthema

Sonntag, 15. Oktober

9:00-10:30

Open Space II: Eigene Anliegen, Erfahrungen und Diskussionen zum Seminarthema

10:45-11:50

Open Space III: Eigene Anliegen, Erfahrungen und Diskussionen zum Seminarthema

11:50-12:30

Seminarreflektion, -evaluation, Abschlussrunde ab 12:30

Mittagessen und Abreise

Anmeldeverfahren

Anmeldeschluss ist der 8. September 2017. Sie erhalten eine Eingangsbestätigung und spätestens am Tag des Anmeldeschlusses eine Anmeldebekräftigung. Die Anmeldung ist gültig nach Eingang des Teilnahmebeitrags auf das Konto: IDA e. V., IBAN DE44 3005 0110 0047 0223 06, BIC DUSSEDD, Sparkasse Düsseldorf, Kennwort: Diversität.

Senden Sie Anmeldungen bitte per E-Mail, Post oder Fax an:

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V.

Volmerswerther Straße 20

40221 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 15 92 55-5

Fax: 02 11 / 15 92 55-69

Info@idaev.de, www.idaev.de

Für **Fragen und weitere Infos** steht Ihnen Sebastian Seng zur Verfügung.

Bitte geben Sie bei der Anmeldung folgende Daten an:

Name, Vorname

Kontaktadresse

E-Mail-Adresse

Organisation

In welcher Funktion (hauptamtlich/ehrenamtlich) sind Sie dort tätig?

Verpflegungswünsche (z. B. vegan, koscher, halal)? Die Standardverpflegung im Naturfreundehaus ist vegetarisch, Fleisch kann vorbestellt werden.

Teilnahmegebühr und Fahrtkosten

Es wird ein gestaffelter Teilnahmebeitrag erhoben:

20 Euro: für Menschen ohne oder mit wenig Einkommen (nach Selbsteinschätzung, ohne Nachweis).

40 Euro: wenn der/die Arbeitgeber_in den Beitrag nicht übernimmt.

60 Euro: wenn der/die Arbeitgeber_in den Beitrag übernimmt.

Der Teilnahmebeitrag umfasst Unterkunft im Einzelzimmer, Verpflegung und Tagungskosten. Fahrtkosten müssen selbst getragen werden.

Tagungsort

Naturfreundehaus Hannover

Hermann-Bahlsen-Allee 8

30655 Hannover

Tel: 05 11 / 69 14 93

Fax: 05 11 / 60 68 82-8

www.naturfreundehaus-hannover.de

Veranstalter und Förderung

Dieses Seminar ist eine Veranstaltung des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismuserbeit (IDA) e. V. und wird durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes gefördert.

GET TOGETHER – Kontaktbörse für Träger politischer Bildung und Selbstorganisationen Geflüchteter

23. und 24. Oktober 2017, Europäischen Jugendbildungs- und Begegnungsstätte (EJBW) Weimar

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) bietet in Kooperation mit dem Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V. (IDA) die Fortbildungsveranstaltung „GET TOGETHER“ – Kontaktbörse für Träger politischer

Bildung und Selbstorganisationen Geflüchteter in der EJBW in Weimar an.

In der außerschulischen politischen Bildung in Deutschland sind das Empowerment geflüchteter Menschen sowie ihre Befähigung zu gesellschaft-

licher und politischer Partizipation wichtige Ziele der Bildungsarbeit. Diese Ziele werden auch von zahlreichen Organisationen geteilt, die von Geflüchteten selbst gegründet worden sind, um die eigenen Interessen und Anliegen besser vertreten zu können. Was liegt da näher, als sich zusammenzuschließen, um vom Know-how und vom Wissen des anderen zu profitieren und um gemeinsame Projekte politischer Bildung zu planen und zu starten?

Diese Fortbildung will genau dabei Unterstützung leisten, denn vor der gemeinsamen Arbeit stehen die Kontaktaufnahme, das Kennenlernen und der Austausch. „Get together“ ist eine Kontaktbörse, die Mitarbeiter_innen von Einrichtungen und Initiativen der politischen Bildung ebenso anspricht wie Engagierte in Geflüchtetenorganisationen, die Interesse an Austausch und Vernetzung haben.

Neben ausreichend Zeit für die Präsentation der eigenen Organisation und der eigenen Arbeit werden Beispiele gelungener Kooperationen vorgestellt, die Mut und Motivation vermitteln wollen. Der zweite Veranstaltungstag ist für den Einstieg in die Planung gemeinsamer Vorhaben vorgesehen, unterstützt durch Informationen über Ansprechpartner/-innen, Unterstützungsstrukturen und Finanzierungsmöglichkeiten.

Die Tagungssprache ist deutsch, einzelne Beiträge können in Englisch sein.

Infos:

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB)

Silke Neumann

Mühlendamm 3, 10178 Berlin

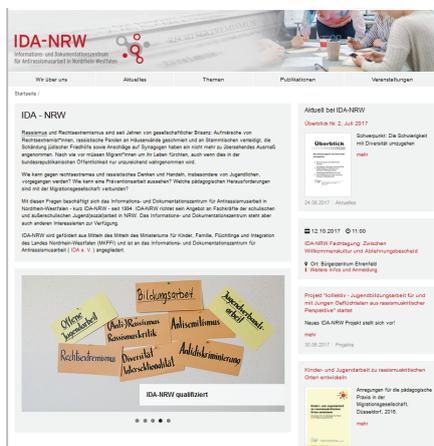
Tel: 0 30 / 40 04 01 00

neumann@adb.de

<http://www.adb.de>

IDA-NRW informiert:**Webseite des IDA-NRW im neuen Gewand**

Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen (IDA-NRW) präsentiert einen neuen Webauftritt unter www.IDA-NRW.de. Die landesweite Fachstelle für rassismuskritische, migrationspädagogische Arbeit und Rechtsextremismusprävention bietet ein überarbeitetes und übersichtliches Angebot für Interessierte an. Neben Informationen über die Landesstelle IDA-NRW, über aktuelle Veranstaltungen und Publikationen finden sich auch interessante Beiträge in den Rubriken Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. IDA-NRW verfügt über methodisch-didaktische Kompetenzen im Umgang mit Ungleichwertigkeitsvorstellungen (u. a. Antisemitismus) in der Migrationsgesellschaft sowie über enorme Kenntnisse zu migrationsgesellschaftlichen Phänomenen



(u. a. Migrations- und Fluchtursachen und -hintergründe). Darüber hinaus erweitert IDA-NRW seine Kompetenzen im Themenfeld Diversität und Empowerment. In der Rubrik Bildungsarbeit werden demnächst interessante Publikationen und Beiträge zu den bereits genannten Themen und ihren jeweiligen Fallstricken in der Kinder- und Jugend(sozial- und bildungs)arbeit veröffentlicht werden. Infos:

IDA-NRW
Volmerswerther Straße 20

40221 Düsseldorf
Tel: 02 11 / 15 92 55-5
Fax: 02 11/ 15 92 55 69
Info@ida-nrw.de
www.IDA-NRW.de

Projekt re:act – Bildung und Vermittlung zur Stärkung geflüchteter Menschen und Unterstützer*innen nach rassistischen oder rechten Gewalterfahrungen

Das neue Projekt re:act der Opferberatung Rheinland (OBR) hat zum Ziel, für das Thema Gewalt gegen Geflüchtete zu sensibilisieren und zur solidarischen Unterstützung in jedem Einzelfall anzuregen. Das Angebot richtet sich an Menschen, die mit geflüchteten Menschen zusammenarbeiten, wie Haupt- und Ehrenamtliche aus Unterkünften, Beratungsstellen, (Willkommens-)Initiativen, Verbänden und Religionsgemeinschaften. Im Rahmen von Workshops, Impulsvorträgen oder Schulungen werden solidarische Unterstützungsmöglichkeiten thematisiert und die Handlungskompetenz im Umgang mit Betroffenen rechter oder rassistischer

Gewalt gestärkt. Die Bildungs- und Vermittlungsangebote orientieren sich an den inhaltlichen Bedarfen und Fragen der jeweiligen Gruppen und Institutionen.

Infos und Anregungen:
Walburga Hirschbeck
Projekt re:act – Bildung und Vermittlung zur Stärkung geflüchteter Menschen und Unterstützer*innen nach rassistischen oder rechten Gewalterfahrungen
Tel: 02 11 / 15 92 55-62
walburga.hirschbeck@opferberatung-rheinland.de

Fachtagung des projekt.kollektiv des IDA-NRW „Zwischen Willkommenskultur und Ablehnungsbescheid. Aktuelle Herausforderungen in der Arbeit für und mit jungen Geflüchteten im Kontext von gesellschaftspolitischen Ab- und Ausgrenzungen“

12. Oktober 2017, Bürgerzentrum Köln-Ehrenfeld

In den vergangenen zwei Jahren hat sich das gesellschaftspolitische Klima in Deutschland gewan-

delt und schwankt zwischen der Betonung einer Willkommenskultur und zunehmenden Ab- und

Ausgrenzungen von Geflüchteten. Einschränkungen des Asylrechts, verschärfte Hierarchisierungen von Geflüchteten mit „guter“ und „geringer“ Bleibeperspektive sowie die Erweiterung der Liste „sicherer Herkunftsländer“ haben dazu geführt, dass der Alltag vieler junger Geflüchteter in NRW von ungleichen Wohn- und Lebensbedingungen, unsicheren Bleibeperspektiven und der Angst vor Ablehnungsbescheiden und Abschiebungen geprägt ist. Für pädagogische Fachkräfte aus den verschiedenen Bereichen der Jugendarbeit sowie für selbstorganisierte Vereine, Initiativen und Einzelpersonen, die für und mit jungen Geflüchteten arbeiten, stellen diese Entwicklungen besondere Herausforderungen dar.

Die von projekt.kollektiv organisierte Fachtagung „Zwischen Willkommenskultur und Ablehnungsbescheid“ bietet interessierten Multiplikator_innen Räume für Wissensvermittlung, Vernetzung, Austausch und Reflexion der Arbeit für und mit jungen Geflüchteten aus rassismuskritischer Perspektive.

Die Veranstaltung richtet sich insbesondere an:

- pädagogische Fachkräfte der Offenen Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit, der Jugendsozial- und der Jugendbildungsarbeit,
- selbstorganisierte (Willkommens-)Initiativen, Vereine und Einzelpersonen,

junge Geflüchtete, die als (zukünftige) Multiplikator_innen in eigenen Initiativen oder Organisationen aktiv sind oder sein möchten.

Tagungsprogramm

Geplant sind Fachvorträge, Inputs und Workshops, u. a. zu den Themen

- Auswirkungen der asylrechtlichen Veränderungen auf die Lebenswelten von jungen Geflüchteten in NRW
- Herausforderungen für haupt- und ehrenamtliche Multiplikator_innen in der Arbeit mit jungen Geflüchteten aus rassismuskritischer Perspektive
- Empowerment für migrantische Selbstorganisationen und/oder Multiplikator_innen mit Fluchthintergründen
- Gender- und sexualitätsbezogene Dimensionen in der Arbeit mit jungen Geflüchteten
- Handlungsstrategien im Umgang mit rassistischen oder rechten Anfeindungen und Angriffen gegen junge Geflüchtete und Unterstützer_innen

Referent_innen

Volker Maria Hügel (Projekt Q der GGUA Flüchtlingshilfe Münster), Katharina Feyrer (Fachstelle Queere Jugend NRW), Vertreter_innen von Jugendliche ohne Grenzen, Walburga Hirschbeck (Projekt re:act der Opferberatung Rheinland), Kolja Koch (projekt.kollektiv)

Weitere Referent_innen sind angefragt. Das vollständige Tagungsprogramm folgt in Kürze.

Tagungsdaten und Teilnahme

12. Oktober 2017, 11 bis 18 Uhr im Bürgerzentrum Ehrenfeld, Venloer Straße 429, 50825 Köln.

Die Teilnahme ist kostenlos. Anmeldungen erfolgen bereits über www.IDA-NRW.de bis zum 29. September 2017.

Wir bemühen uns um eine möglichst barrierefreie Gestaltung der Fachtagung. Bitte wenden Sie sich möglichst frühzeitig direkt an uns, wenn Sie besondere Bedarfe, Übersetzungswünsche oder Fragen und Anmerkungen zur Tagung haben:

fachtagung-kollektiv@IDA-NRW.de

Tel: 02 11 / 15 92 55-67

Fax: 02 11 / 15 92 55-69

projekt.kollektiv

Das Projekt zur Jugendbildungsarbeit für und mit jungen Geflüchteten aus rassismuskritischer Perspektive des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen (IDA-NRW) hat zum Ziel, die pädagogische und ehrenamtliche Arbeit für und mit jungen Geflüchteten zu stärken und aus rassismuskritischer Perspektive zu begleiten. Im Rahmen des Projekts entstehen derzeit verschiedene Angebote für pädagogische Fachkräfte aus den o. g. Bereichen der Jugendarbeit, für Multiplikator_innen aus selbstorganisierten Initiativen und Vereinen sowie für junge Geflüchtete, die selbst als Multiplikator_innen aktiv sind bzw. werden möchten:

- Unterstützung der regionalen und/oder fachspezifischen Vernetzung von Multiplikator_innen und pädagogischen Fachkräften der Jugendarbeit, die in der Arbeit für und mit jungen Geflüchteten aktiv sind,
- Wissensvermittlung zu den Themen Flucht, Asyl und Migration sowie zu den spezifischen Bedarfen besonders vulnerabler junger Menschen (bspw. Geflüchtete mit „schlechter Bleibeperspektive“ oder junge LGBTI*-Geflüchtete),

- Sensibilisierung für die Themenfelder Rassismus, Rechtsextremismus, Diskriminierung und Diversität in der Jugendarbeit,
- themenbezogene Fortbildungs- und Beratungsangebote zu spezifischen Herausforderungen in der Arbeit für und mit jungen Geflüchteten aus rassismuskritischer Perspektive,
- Förderung und organisatorische Unterstützung junger Menschen mit Fluchthintergründen (bis 27 Jahre), die als (zukünftige) Multiplikator_innen ihre Ressourcen in eigenen Initiativen oder Organisationen bündeln möchten,
- Vermittlung von Angeboten des Empowerments für migrantische Selbstorganisationen sowie für Multiplikator_innen mit Fluchthintergründen und/oder Rassismuserfahrungen,

- Vermittlung von Fortbildungs- und Beratungsangeboten zur Stärkung der Handlungssicherheit im Kontext von rassistischen oder rechten Anfeindungen und Angriffen gegen Geflüchtete und Unterstützer_innen (in Kooperation mit dem Projekt re:act der Opferberatung Rheinland).

Aktuelle Informationen zum Projekt finden Sie auf der Webseite www.IDA-NRW.de/projekte.

Wenn Sie sich für die Angebote des Projekts interessieren oder sich mit uns vernetzen wollen, freuen wir uns auf Ihre Kontaktaufnahme!

Infos:

Kolja Koch

Projektreferent

Tel: 02 11 / 15 92 55-67

Fax: 02 11 / 15 92 55-69

kolja.koch@IDA-NRW.de

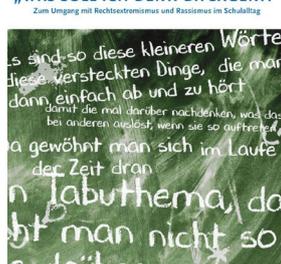
Neues aus unserer Vielfalt-Mediathek:

Die Vielfalt-Mediathek versammelt Materialien, die im Rahmen der Bundesprogramme „Demokratie leben!“ und der entsprechenden Vorläuferprogramme entstanden sind.

Sie wird regelmäßig um neue Materialien erweitert. Alle Publikationen, darunter Bildungsmaterialien, Trainingsordner, Audios und Videos können über die Webseite www.vielfalt-mediathek.de recherchiert oder heruntergeladen werden. Die Vielfalt-Mediathek ist ein Kooperations-Projekt des IDA und des DGB Bildungswerk Bund, Bereich Migration & Gleichberechtigung.



„WAS SOLL ICH DENN DA SAGEN?!“

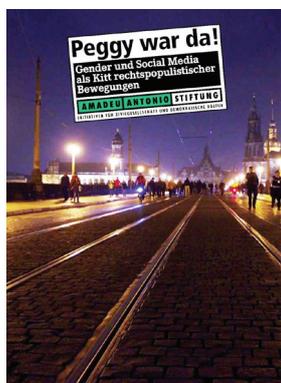


beratungsNetzwerk hessen – Gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus und Rassismus im Schulalltag

59 S., Sachinformation/Unterrichtsmaterial/Arbeitshilfe/Broschüre

Eine Schule steht nicht außerhalb der Gesellschaft, sondern ist mittendrin und lässt sich von ihr beeinflussen. Rassistische Einstellungen sind daher keine Seltenheit. Die Studie hat u. a. Lehrer_innen, Schüler_innen und Sozialpädagog_innen befragt, inwieweit sie Rassismus wahrnehmen, welche Handlungsmöglichkeiten sie sehen und welche Unterstützung sie sich wünschen. Gestützt auf die Antworten wird ein realistisches Bild über den schulischen Umgang mit Rassismus vermittelt und aufgezeigt, welche Unterstützungsangebote nötig sind.

<https://www.vielfalt-mediathek.de/mediathek/6304/was-soll-ich-denn-da-sagen-zum-umgang-mit-rechtsextremismus-und-rassismus-im-sch.html>



Amadeu Antonio Stiftung (Hg.): Peggy war da! Gender und Social Media als Kitt rechtspopulistischer Bewegungen

2016, 52 S., Sachinformation/Broschüre

Die Broschüre legt in der Analyse von „Pegida“ ihren besonderen Fokus auf das oft in der Forschung und der Auseinandersetzung mit „Pegida“ vernachlässigte, aber ungemein wichtige, Themenfeld „Gender“. Es ist der wichtigste ideologische Kitt, der rechtspopulistische und rechtsextreme Strömungen zusammenhält. Ein weiterer Analyseschwerpunkt befasst sich mit der Rolle der sozialen Medien, ihrer Bedeutung für die Radikalisierung der Bewegung sowie für die Vermittlung diskriminierender Inhalte in andere Gesellschaftsbereiche.

<https://www.vielfalt-mediathek.de/mediathek/6303/peggy-war-da-gender-und-social-media-als-kitt-rechtspopulistischer-bewegungen.html>

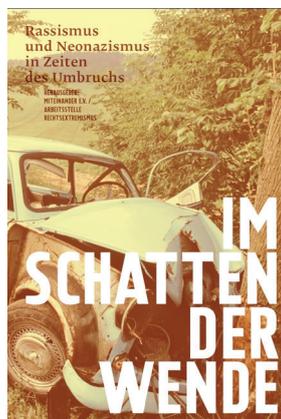


Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein (Hg.): Vielfalt leben lernen. Diversity-Strategien an Grundschulen entwickeln und umsetzen.

2014, 76 S., Bericht/Dokumentation/Sachinformation/Unterrichtsmaterial/Arbeitshilfe/Broschüre

Das Heft stellt das Projekt sowie die dahinterstehende Intention ausführlich dar und präsentiert viele erprobte und evaluierte Methoden, die helfen, die gestellten Ziele zu erreichen: Kinder für ein Leben in Vielfalt zu sensibilisieren; die Partizipation von Kindern zu institutionalisieren; Diversitätsstrategien für Grundschulen zu entwickeln.

<https://www.vielfalt-mediathek.de/mediathek/6333/vielfalt-leben-lernen-diversity-strategien-an-grundschulen-entwickeln-und-umsetze.html>



Miteinander e. V./Arbeitsstelle Rechtsextremismus (Hg.): Im Schatten der Wende. Rassismus und Neonazismus in Zeiten des Umbruchs

Magdeburg/Halle, 2015, 33 S., Bericht/Dokumentation/Sachinformation/Broschüre

Viele Menschen, gerade in Ostdeutschland, sehen in der Wiedervereinigung einen Akt der Befreiung und verbinden mit ihr den Start in ein selbstbestimmtes Leben. In der Erinnerungskultur werden diese Aspekte besonders betont. Die Schattenseiten der Wiedervereinigung, besonders der dramatische Anstieg rechtsextremer und rassistischer Gewalt, werden aber aus dem kollektiven Gedächtnis mehr und mehr verdrängt. Die Broschüre stellt sich dem entgegen und legt ihren Fokus bewusst auf diesen Aspekt der Wende- und Nachwendezeit.

<https://www.vielfalt-mediathek.de/mediathek/6299/im-schatten-der-wende-rassismus-und-neonazismus-in-zeiten-des-umbruchs.html>

Die Vielfalt-Mediathek modifiziert ihr Angebot

Ab dem 1. September 2017 wird die Vielfalt-Mediathek, die seit über zehn Jahren Bildungsmaterialien zu Rechtsextremismus, Rassismus und Diversität sammelt und bereitstellt, eine reine Online-Plattform.

Die Vielfalt-Mediathek trägt der zunehmenden Digitalisierung Rechnung und passt ihr Angebot an. Der Verleih wird dementsprechend am 1. September 2017 eingestellt. Die meisten Materialien werden dann digital zum Download angeboten. Durch die Umstrukturierung wird der Fokus der Seite noch stärker auf die neuesten geförderten Materialien mit ihren Themen, Methoden und Zielsetzungen gelenkt.

Die Rezensionen der zumeist älteren nicht-digitalisierten Materialien stehen jedoch weiterhin zur Verfügung. Sie werden in die neue Rubrik „Archiv“ transferiert. Dort werden die dazugehörigen Methoden, Herangehensweisen, Ideen, Zielsetzungen und Angaben zum Herausgeber zwecks Kontaktaufnahme zur Materialbeschaffung nach wie vor gesichert und der Öffentlichkeit bekannt gemacht. Dadurch kommt die Vielfalt-Mediathek auch zukünftig ihrem Auftrag nach, das Gedächtnis der Bundesprogramme zu sein und die Ergebnisse der Projekte zu sichern.

Darüber hinaus wird die Vielfalt-Mediathek ihr Serviceangebot durch die Veranstaltung von Seminaren mit verschiedenen Schwerpunkten erweitern. Die Seminare unterstützen Multiplikator_innen vor allem bei der Nutzung der Materialien der Vielfalt-Mediathek in der Bildungsarbeit. Drei Seminare finden noch in diesem Jahr statt. Weitere Informationen auf unserer [Startseite](#).

Die Vielfalt-Mediathek wird gefördert im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Aus den Mitgliedsverbänden:**ASJ-Kampagne zur Bundestagswahl gestartet im Zeichen von Solidarität und Diversität**

Am 24. September ist Bundestagswahl. Mit der Kampagne „Unsere Stimme für ...“ ruft die Arbeiter-Samariter-Jugend ihre Mitglieder auf, sich zu den ASJ-Werten Solidarität, Weltoffenheit, Vielfalt, Gleichberechtigung und Respekt zu bekennen. Außerdem können ASJ-Mitglieder mithilfe der Kampagne auch Freund_innen, Klassenkamerad_innen usw. auf die Bundestagswahl aufmerksam machen und ihnen erklären, warum sie zur Wahl gehen und wofür sie ihre Stimme abgeben. Je mehr Menschen wählen gehen und ihre Stimme für eine demokratische Partei abgeben, desto unwahrscheinlicher wird es, dass eine rechtspopulistische Partei in den Bundestag gewählt wird. Dieses Rechenbeispiel der ASJ zeigt das deutlich: Wenn von 100 Wahlberechtigten 75 wählen und



drei davon eine rechtspopulistische Partei, erhält diese einen Stimmanteil von vier Prozent und ist nicht im Bundestag. Gehen von den 100 Wahlberechtigten aber nur 50 wählen, hat die rechtspopulistische Partei mit den gleichen drei Wähler_innen einen Stimmanteil von sechs Prozent und sitzt im Parlament. Die ASJ ruft daher dazu auf, an der Wahl teilzunehmen und die Stimme einer demokratischen Partei zu geben. Weitere Infos zur Kampagne gibt es unter <https://www.asj.de/unserestimmefuer>.

dreien einen Stimmanteil von sechs Prozent und sitzt im Parlament. Die ASJ ruft daher dazu auf, an der Wahl teilzunehmen und die Stimme einer demokratischen Partei zu geben. Weitere Infos zur Kampagne gibt es unter <https://www.asj.de/unserestimmefuer>.

Zweites Vernetzungstreffen des Kooperationsprojekts „Tacheles! Klare Kante gegen Extremismus“ von KLJB und BDAJ

12. September 2017, Köln



Das Kooperationsprojekt „Tacheles! Klare Kante gegen Extremismus“ von Katholischer Landjugendbewegung (KLJB) und dem Bund der Alevitischen Jugend in Deutschland (BDAJ), befindet sich nach seinem Auftakt mittels einer Online-Erhebung im Herbst 2016 mittlerweile in der zweiten und dritten Projektphase. Diese umfasst, sowohl Kleinprojekte innerhalb der Verbände zu unterstützen als auch Multiplikator_Innen zur weiteren Gestaltung des Projekts zu gewinnen.

Bereits im vergangenen Jahr haben beide Verbände mit allen interessierten Akteur_innen ein Vernetzungstreffen durchgeführt, um Synergien zu nutzen, voneinander zu lernen und über konkrete Kooperationsmöglichkeiten zu sprechen. Dieses sehr bereichernde Treffen soll nun wiederholt werden.

KLJB und BDAJ laden daher herzlich zu einem 2. Vernetzungstreffen ein. Es soll stattfinden am Dienstag, 12. September 2017 von 10 bis 15 Uhr in Köln, Steinfelder Gasse 20-22.

KLJB und BDAJ laden daher herzlich zu einem 2. Vernetzungstreffen ein. Es soll stattfinden am Dienstag, 12. September 2017 von 10 bis 15 Uhr in Köln, Steinfelder Gasse 20-22.



Ziel dieses Treffens ist es,

- Vernetzungsmöglichkeiten für Akteur_innen zu schaffen, die in ähnlichen Themenfeldern unterwegs sind,
- in einen Austausch zu kommen über Fragen wie: „Wie können wir dem wahrnehmbaren Rechtsruck (Pegida, AfD & Co.) in den aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen begegnen bzw. wie begegnen wir diesen schon?“ „Ist Antisemitismus dabei eine ‚Spitze des Eisbergs‘?“,
- voneinander zu lernen im Austausch über bisherige Erfahrungen und Best-practice-Modelle sowie Methoden,
- Kooperations- und Finanzierungsmöglichkeiten über Tacheles anzubieten, d. h. gemeinsam zu schauen, welche Kooperationen denkbar sind und welche konkreten Veranstaltungen

(von oder mit Partner_innen) im Rahmen von Tacheles stattfinden können

- sowie Vernetzung und Kooperation insbesondere auch mit jüdischen Organisationen zu ermöglichen, um konkrete Begegnung stattfinden zu lassen.

Infos:

Linda Kürten

Referentin für Theologie & Diversität

Projektreferentin „Tacheles!“

Kath. Landjugendbewegung Deutschlands (KLJB)
e. V.

Drachenfelsstr. 23

53604 Bad Honnef-Rhöndorf

Tel: 0 22 24 / 94 65 17

Fax: 0 22 24 / 94 65 44

l.kuerten@kljb.org

Laura Schwab

Bundesgeschäftsführerin

Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland e.V.

Stolberger Str. 317

50933 Köln

Tel: 02 21 / 94 98 56 42

Fax: 02 21 / 94 98 56 10

laura.schwab@bdaj.de

<http://www.BDAJ.de>

„Umwelt-detektive grenzenlos“ – Naturfreundejugend überarbeiten Umweltbildungsmaterialien für Kinder mit und ohne Flucht- bzw. Migrationserfahrung

Aus der Projektbeschreibung

Immer mehr Menschen kommen zur Naturfreundejugend, die aus den unterschiedlichsten Gründen aus ihren Heimatländern flüchten müssen. Darunter sind auch viele Kinder mit ihren Familien. Der Verband möchte, dass diese Menschen an seinen Veranstaltungen teilhaben können. Deshalb ist im Oktober 2016 unser Projekt „Umwelt-detektive grenzenlos“ gestartet.

Bis Ende 2017 entwickelt Naturfreundejugend Umweltbildungsmaterialien (Aktionskarten-Sets) zu den Themen der vier Elemente sowie begleitende Multiplikator_innen-Handbücher für die Jugendverbandsarbeit und außerschulische Umweltbildung. Die Materialien ermöglichen es, Umweltbildungs- und Naturerlebnisveranstaltungen für Kinder mit und ohne Flucht- bzw. Migrationshintergrund im Grundschulalter durchzuführen. Neben dem gemeinsamen Naturerlebnis liegt der Fokus der Aktionen auf der handlungsorientierten Sprachförderung.



Nach der Erarbeitung der Materialien und einer Erprobungsphase im Sommer 2017 wird es in 2018 drei bundesweite Multiplikator_innen-Workshops geben. In den Workshops werden die Materialien vorgestellt und die Teilnehmenden erhalten wertvolle Tipps und Hinweise für deren Einsatz. Die Fortbildungen haben jeweils denselben Inhalt, bauen also nicht aufeinander auf. Sie können jeweils als Auffrischung der JuLeiCa angerechnet werden!

Weitere Infos finden sich unter http://www.naturfreundejugend.de/projekte/-/show/3494/Umwelt-detektive_grenzenlos/.

Gegen Hass und Hetze in sozialen Medien – Tagung der Gelben Hand in Nürnberg zu rechter Propaganda im Netz

Aus einer Pressemitteilung des Kumpelvereins

„Hetzen und Täuschen – Rechte Strukturen in den sozialen Medien“ lautete das Thema der diesjährigen Tagung der Gelben Hand in Nürnberg. Rund 70 interessierte Aktive und Fördermitglieder aus Gewerkschaften und Zivilgesellschaft kamen am

23. und 24. Juni zusammen. Die Rote Karte, so der Vereinsvorsitzende Giovanni Pollice, müssten aber auch die Plattformen und Internetdienst den Rechten zeigen. Bei aller berechtigter Kritik, begrüßte er daher die Gesetzesinitiative des Bun-

des Justizministers Heiko Maas, Hasskriminalität stärker zu verfolgen und zu sanktionieren. Denn die Formen rechter Agitation sind vielfältig, sie reichen von gezielter Desinformation vermeintlicher Nachrichtenportale, über Hasskommentare und Hetze bis zu Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit bestimmter rechtspopulistischer und rechtsextremer Gruppen.

„Wie nutzen rechte Organisationen das Internet?“ lautete daher der einführende Vortrag von Simone Rafael von der Amadeu Antonio Stiftung.



Simone Rafael ist Chefredakteurin des Onlineportals „Netz gegen Nazis“, das sich heute „www.belltower.news – Netz für digitale Zivilgesellschaft“ nennt und den facettenreichen Formen der Menschenfeindlichkeit im Netz eine demokratische Haltung entgegensetzen will. Damit demokratisches Engagement im Internet nicht versandet,

sondern wirkt, hilft es, Strukturen und Formen rechtsextremer und rechtspopulistischer Propaganda zu verstehen. „Wir haben es mit ideologischen Überzeugungstätern und -täterinnen zu tun, die viel Zeit und Engagement investieren, um ihre rassistischen, islamfeindlichen oder antisemitischen Botschaften im Internet zu verbreiten“, sagte Simone Rafael, „und diese werden befeuert durch ein dichtes Online-Netzwerk von ‚alternativen‘ rechtspopulistischen oder rechtsextremen Facebook-Seiten und ‚Medien‘, Parteien und Organisationen, die Nahrung für als ‚Ängste‘ verkleideten Rassismus bieten.“ Für die Gegenrede sei

Medienkompetenz ebenso wichtig wie eine klare und entschlossene Haltung pro Demokratie und Menschenrechte.

Am zweiten Tag hatten die Teilnehmer_innen die Möglichkeit in drei verschiedenen Foren, themenspezifisch die Inhalte zu vertiefen und mit den Expert_innen in den Dialog zu kommen. Im ersten Forum standen die Strategien der jungen Gruppe der „Identitären Bewegung“ im Fokus. Anna-Lena Herkenhoff von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus in Münster erläuterte unter dem Titel „Die Jugend ansprechen – Wie präsentiert sich die Identitäre Bewegung im Internet?“ die moderne, professionelle und daher für Jugendliche attraktive Inszenierung dieser im Kern völkischen und rechtsextremen Gruppierung. Fabian Jellonek, von der politischen Bildungsplattform achtsegel.org, ging im zweiten Workshop der Frage nach: „Wie manipulativ ist das Internet?“ Fake News und rechte Internetportale, die gezielt verkürzte und manipulierte Nachrichten verbreiten, wurden im Forum vorgestellt. Wichtig für den Umgang mit Fake News, so Jellonek, sei eine genaue Recherche der Quelle, bevor man Meldungen „teilt“ oder weiterverbreitet. Dafür könne man Seiten wie hoaxmap.org zu Rate ziehen, diese leisten gute Aufklärungsarbeit und entlarven Fake News. Gegenstrategien zu „Hate Speech“, sogenannten Hasskommentaren, in sozialen Medien war Thema im dritten Forum. Mark Haarfeldt, Referent der Gelben Hand, informierte darüber, wie man sich auch im Netz gegen Hass zu Wehr setzen könne, in dem man auch da „widerspricht“, faktenbasiert argumentiert, aber auch Solidarität im Netz organisiert, wie beispielweise mit der Initiative #ichbinhier, einer Facebook-Gruppe gegen die Hassrede.

djo Infomagazin „Pfeil“ – „Heimat – Mehr als nur ein Ort?“

Die umfangreiche August-Ausgabe der djo-Verbandszeitschrift PFEIL ist erschienen. Allein das Volumen macht deutlich, dass sich die djo-Deutsche Jugend in Europa in den Schwerpunktseiten der vorliegenden Ausgabe mit einem Thema beschäftigen, das vielen Mitglieder besonders am Herzen liegt: Die Frage nach der Heimat. Was bedeutet der Begriff, was bedeutet mir Heimat persönlich und was kann ich tun, um Heimat zu gestalten und zu pflegen?

In der vorliegenden Ausgabe wird ein Einblick in die vielen unterschiedlichen Formen gegeben, mit dem mensch sich dem Begriff der Heimat nähern kann. Von der Pflege von Bräuchen, Traditionen und kulturellem Wissen, der Auseinandersetzung mit der Situation in den Herkunftsländern und Projekten, die eine aktive Mit-



gestaltung des Zusammenlebens in Deutschland zum Ziel haben.

Des Weiteren gibt es in dieser Ausgabe wie gewohnt weitere spannende Berichte über Projekte,

Veranstaltungen und Maßnahmen aus der djo.

Die August-Ausgabe kann heruntergeladen werden unter http://www.djo.de/de/file/2191/download?token=Qizwp_bU.

ELJ Wassertrüdingen erhält Auszeichnung für „Maibaum für Toleranz“

Aus einer Pressemitteilung der Evangelischen Landjugend

Anlässlich des 10-jährigen Jubiläums der Projektstelle gegen Rechtsextremismus des Bayerischen Bündnis für Toleranz wurde die ELJ-Gruppe aus Wassertrüdingen als einer von fünf Maibäumen für Toleranz ausgezeichnet. [...].

Aus rund 30 Bewerbungen entschied sich die fünfköpfige Jury für fünf Auszeichnungen, wobei neben der kreativen Gestaltung, vor allem der Entstehungsprozess und die passende Umsetzung der Idee bewertet wurde. Viele hätten nicht „nur“ einfach einen Maibaum aufgestellt, sondern brachten sich auf unterschiedlichste Weise ins Dorfleben ein, erklärte Jury-Mitglied Juliane Neufang. Die geschäftsführende Referentin für die Arbeitsgemeinschaft der Landjugend im Bayerischen Bauernverband betonte den Mehrwert des erfolgreichen Projekts: „Landjugendgruppen und deren Angebote sind ein wichtiger Ort für die Demokratiebildung in ländlichen Räumen.“ Schließlich gestalteten die Jugendlichen damit eine „Demokratie von unten“: Beispielhaft wurde während des Aufstellens der besonders geschmückten Maibäume als Zeichen für Weltoffenheit, Vielfalt und Toleranz derselbe Aufruf verlesen und damit verdeutlicht:

„Unser Land ist tolerant – auch jenseits der großen Metropolen!“

Neben engagierten Landjugendlichen haben sich viele junge Menschen mit Fluchterfahrungen in den Projekten vor Ort beteiligt. Durch dieses Engagement sei es gelungen, dass das Motto „Gemeinsam gut aufgestellt“ sichtbar wird und die Toleranz und Vielfalt eines Ortes zum Ausdruck kommt, so die Projektverantwortliche Anke Zimmermann. Dabei betonte sie, „bei allen Feierlichkeiten die Menschen nicht zu vergessen, die sich beteiligt haben und nun nicht mehr weiter in unserer Gemeinschaft sind“.

Infos:

Patrick Wolf

Referent für Öffentlichkeitsarbeit
Evangelische Landjugend in Bayern
Stadtparkstr. 8
91788 Pappenheim
Tel: 01 51 / 27 62 77 19
Fax: 0 91 43 / 60 43 1

patrick.wolf@elj.de

<http://www.elj.de>



Bundesweite Aktionen, Informationen

Das Projekt „Romane Krla“ von Amaro Drom sucht Bewerber_innen

Das Projekt „Romane Krla“ (Roma-Stimmen) zielt darauf ab, junge Rom_nja zu Multiplikator_innen in den Themenbereichen der Erinnerungskultur, Geschichte und Menschenrechtsbildung zu qualifizieren. Das Projekt bietet jungen Rom_nja-Aktivist_innen und Multiplikator_innen eine einzigartige Gelegenheit, ihre Fähigkeiten aufbauend auf ihren bisherigen Erfahrungen zu erweitern, um Multiplikator_innen für die Geschichte und Erinnerungskultur von Rom_nja, Jüd_innen und anderen Minderheiten zu werden. Die Teilnehmer_innen erlernen didaktische und pädagogische Fähigkeiten um Aktivitäten umzusetzen, die ein Bewusstsein für die Ermordung von Rom_nja, Jüd_innen und anderen Minderheiten während des Zweiten Weltkriegs schaffen sowie vergangene und aktuelle Mechanismen von Rassismus beleuchten.



Amaro Drom e.V.

Besonders zur Teilnahme ermutigt werden Rom_nja zwischen 18 und 25 Jahren. Eventuell können auch ältere Bewerber_innen mitwirken. Bewerbungsschluss ist der 17. September 2017.

Infos:

Amaro Foro e. V.

Weichselplatz 8

12045 Berlin

Tel: 0 30 / 43 20 53 73

info@amaroforo.de

<http://amarodrom.de/romane-krla-1>

Deutscher Bundesjugendring lädt ein zum Fachtag „Rassismus. Ein Problem der Mitte der Gesellschaft“

6. Oktober 2017, Berliner Stadtmission am Hauptbahnhof

Der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) und seine Mitgliedsorganisationen stehen für eine offene, friedliche und solidarische Gesellschaft. Die steigende Zahl an rassistisch motivierten Übergriffen zeigt jedoch, dass ein neuer Handlungsbedarf für Zivilgesellschaft und folglich auch für uns Jugendorganisationen besteht, sich mit Rassismus in seinen verschiedenen gesellschaftlichen Facetten auseinanderzusetzen. Das wollen wir tun. Gemeinsam auf unserem Fachtag. Was sind unsere Handlungsoptionen? Was können wir der gesellschaftlichen Entwicklung entgegensetzen? Der Fachtag richtet sich an Multiplikator_innen und Expert_innen unserer Mitgliedsorganisationen.



Rassismus in der Gesellschaft – am Beispiel NSU

Katharina König-Preuss (Obfrau im NSU-Untersuchungsausschuss der Fraktion DIE LINKE im Landtag Thüringen)

12:45 Markt der Möglichkeiten (mit Mittagspause)

13:45 Workshop-Panel

A | Wie gelingt nicht-rassistische Bildungsarbeit?

B | Rassismus im eigenen Verband? Was nun? Was tun?

C | Rassismus in der Gesellschaft Strategien und Handlungsoptionen

16:00 Worldcafé

Die Workshopergebnisse angewandt auf kleine Verbände, Landesjugendringe DBJR innen, DBJR außen

17:00 Ende

Weitere Infos zu Programm und Anmeldung sind verfügbar unter go.dbjr.de/ftrass.

Zeitplan

11:00 Begrüßung

11:15 Impulse

Rassismus. Ein Problem der Mitte. Möglichkeiten einer rassismuskritischen Jugendverbandsarbeit (Ansgar Drücker und Sebastian Seng IDA e. V.)

Amaro Foro dokumentiert antiziganistische Vorfälle im Jahr 2016

Das Dokumentationsprojekt von Amaro Foro hat die Jahresauswertung antiziganistischer und diskriminierender Vorfälle in Berlin für 2016 vorgestellt. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich bei den direkt gemeldeten Vorfällen ein Anstieg von etwa 20 Prozent auf 146 Vorfälle, wobei von einer wesentlich höheren Dunkelziffer auszugehen ist. Die gemeldeten Vorfälle sind in acht Lebensbereiche unterteilt, etwa Zugang zu Leistungsbehörden, Arbeitswelt, Zugang zu medizinischer Versorgung oder Alltag und öffentlicher Raum.

Das Projekt wurde 2016 um den Bereich „Lebensrealitäten von Roma-Asylbewerber*innen aus den Westbalkanstaaten“ erweitert. Außerdem wurde das Medienmonitoring 2016 nicht nur qualitativ, sondern auch quantitativ durchgeführt und um die Auswertung von Kommentarspalten und Sozialen Medien erweitert.

Die Dokumentation ist online verfügbar unter http://www.amaroforo.de/sites/default/files/Dokumentation_web.pdf.

„Toolbox gegen rechte Gewalt“ für betroffene Jugendliche ist nun online

Aus einer Pressemitteilung des Verbands der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG e. V.) und der Opferberatungsstelle Opferperspektive e. V.

Die neue „Toolbox gegen rechte Gewalt“ (<http://www.toolbox-gegen-rechts.de/>) ist nun online. Hier finden sich Hinweise und Informationen zum Umgang mit rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Das Angebot richtet sich speziell an Jugendliche, die auf Grund ihrer Herkunft, Hautfarbe, sexuellen Orientierung oder ihres politischen Engagements zu Angriffszielen von rechten Gewalttäter_innen geworden sind.

Mit der Webseite wurde eine Möglichkeit geschaffen, Jugendliche über ihre Rechte und mögliche Strategien nach einem Angriff zu informieren. Die Inhalte sind online verfügbar und so an jedem Ort auch per Smartphone abrufbar. Damit haben VBRG und Opferperspektive ein zeitgemäßes und niedrigschwelliges Angebot geschaffen, über das sich Jugendliche leichter informieren können. Es ermöglicht ihnen außerdem unkompliziert in Kontakt mit den jeweiligen Opferberatungsstellen im gesamten Bundesgebiet zu treten.

Mit der „Toolbox gegen rechte Gewalt“ wird auf einen besorgniserregenden Trend reagiert: Bundesweit werden Jugendliche zunehmend durch Rechte bedroht, beleidigt und körperlich attackiert. So waren in Brandenburg im Jahr 2016 fast



ein Drittel aller durch rechte Gewalttaten betroffenen Personen 18 Jahre alt oder jünger. Auch jugendliche Geflüchtete werden immer wieder durch Rassist_innen angegriffen. Dabei sind es gerade junge Menschen, die sich gegen

rechte Umtriebe in ihren Städten und Kommunen engagieren und organisierten Rechten den öffentlichen Raum nicht einfach überlassen wollen.

Die Webseite bietet Antworten auf Fragen, die viele betroffene Menschen nach dem Erleben einer rechten Gewalttat beschäftigen: Was ist direkt nach einem Angriff wichtig? Wie kann ich mit meinen Ängsten umgehen? Was sind die Vor- und Nachteile einer Anzeige? Darüber hinaus gibt es wichtige Hinweise zu Entschädigungen und der Finanzierung von Arztkosten und anwaltlicher Vertretung. Jugendlichen soll so die Möglichkeit gegeben werden, selbstbestimmt mit den Angriffsfolgen umzugehen. In einem Kurzfilm wird zudem die Arbeitsweise der Opferberatungsstellen erläutert.

Neue Studien über die AfD – Weder „Verlierer_innen“ noch „kleine Leute“

In den vergangenen Sommermonaten ist eine ganze Reihe größtenteils frei zugänglicher Handreichungen und Studien zur sogenannten Alternative für Deutschland (AfD) erschienen. Bernd Gäbler stellt in seiner Studie für die Otto-Brenner-

Stiftung über die Medienstrategie der AfD besonders das widersprüchliche und dennoch symbiotische Verhältnis der AfD gegenüber Medien heraus: Einerseits inszeniert sich die Partei systematisch, um mediale Aufmerksamkeit zu erhalten,

und nicht wenige ihrer führenden Politiker (Gäbler beschreibt tatsächlich nur männliche Beispiele) blicken auf eine Karriere in einem klassischen Medium zurück. Andererseits gehören „die Medien“ zum gerne gescholtenen Feindbild der AfD. Umgekehrt stellt die AfD ein für Medien aller Art reizvolles Phänomen dar. Dies führt Gäbler darauf zurück, dass rechtspopulistische Strategien und Methoden systematisch mit massenmedialen Aufmerksamkeitsregeln wie z. B. Personalisierung, Komplexitätsreduktion und Emotionalisierung übereinstimmen.

Umso höhere Ansprüche stellen sich aus Gäblers Sicht an unabhängigen Qualitätsjournalismus. Die von ihm formulierten Achtungszeichen können aber auch für den Umgang mit der AfD im Allgemeinen wichtige Anhaltspunkte liefern. So warnt Gäbler davor, sich durch das „Stöckchen-Spiel“ der AfD instrumentalisieren zu lassen. Diese Strategie folge einem inzwischen allgemein bekannten Ablauf: Am Anfang stehe die Provokation, die Empörung generiere, anschließend folge die Relativierung. Die AfD setze diese Strategie bewusst und gezielt ein, um Aufmerksamkeit zu erzeugen. Statt ihr reflexhaft zu gehorchen, sei darüber nachzudenken, was diejenigen, über die berichtet wird, damit eigentlich bezwecken wollen.

Für den Bereich des Journalismus sieht Gäbler das Ignorieren der AfD jedoch nicht als gangbare Möglichkeit an, da ihr dieser Umgang ebenso in die Karten spiele. Wenn AfD-Vertreter_innen also einbezogen würden, stelle sich die Frage nach der Gestaltung solcher Debatten: Diese müssten einen Austausch rationaler Argumente darstellen. Damit dies gewährleistet sei, müsse genau nachgefragt, auf Präzision bestanden, nach konkreten Folgen gestellter Forderungen gefragt und darauf geachtet werden, dass Diskussionsregeln eingehalten werden.

Einen besonders wichtigen Komplex stellt für Gäbler die Sprache dar. So fordert er erstens eine theoretische Auseinandersetzung mit den zentralen Begriffen der AfD, wie z. B. Volk, Nation und Identität. Die AfD formuliere diese allesamt antipluralistisch, exklusiv und mit ideologischen Anleihen aus der Neuen Rechten. Ihre Vorstellungen widersprechen umgekehrt einer pluralistischen Gesellschaft, in der das moderne Volk vom Einzelnen und seinen Rechten aus gedacht werde.



Zweitens warnt Gäbler davor in die „Framing-Falle“ zu tappen. „Framing“ dient der Verschiebung der Grenzen des Sagbaren. Durch gezielte Begriffsverwendungen versuche die AfD strategisch und gezielt einen Deutungsrahmen für Debatten vorzugeben. Indem von der AfD gesetzte Begriffe übernommen würden, vollziehe man unfreiwillig die Verschiebung der Sagbarkeitsgrenzen mit und bestätige gleichzeitig die Selbstinszenierung der AfD. Drittens fordert Gäbler auch darüber hinaus einen sensiblen Umgang mit Sprache. Denn die AfD werte jede Rücksicht als Unterwerfung und jede Abwertung und Grobheit als Befreiung von „politischer Korrektheit“. Dem setze sie die „Evidenz des Augenscheins“ entgegen. Dagegen helfe nur ein rücksichtsvoller und begrifflich exakter Sprachgebrauch, der präzise und nicht unter-schwellig ideologisch sein dürfe.

<https://www.otto-brenner-shop.de/publikationen/obs-arbeitshefte/shop/afd-und-medien-ah92.html>

Die Autor_innen um Alexander Hensel und Florian Finkbeiner widmen sich vor allem den Entwicklungsperspektiven der AfD vor der Bundestagswahl und dem parlamentarischen Profil ihrer Landtagsfraktionen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt. Trotz personeller Unterschiede arbeiten die Autor_innen zentrale Gemeinsamkeiten in Inhalten und Strategien der AfD in Parlamenten heraus. Die AfD inszeniert



sich getreu ihrer Basiserzählung auf der parlamentarischen Bühne als „Anwältin der Bürger“ und als radikale Opposition gegenüber Landesregierung und den übrigen Parteien. Thematisch versucht sie dies über die negative Aufladung asyl- und migrationspolitischer Themen, das Verfechten einer autoritären Sicherheitspolitik inklusive Bedro-

hungsszenarien, dem Aufgreifen landespolitischer Skandale und der Instrumentalisierung des Extremismusmodells zum Zwecke der Entdämonisierung rechter Strukturen und der Diskreditierung antidiskriminierenden Engagements.

Bundespolitisch sehen die Autor_innen die AfD am Scheideweg zwischen zwei unterschiedlichen parteistategischen Ausrichtungen, die durch „das Petry-Lager“ und dessen Gegner_innen repräsentiert würden. Folgt man einer Arbeit von Studierenden der Ruhr-Universität Bochum, so ist mit der Aufstellung der Landeslisten für

die Bundestagswahl jedoch bereits eine wichtige Richtungsentscheidung gefallen. Nach einer Modellrechnung der Studierenden haben Kandidat_innen, die mit Björn Höckes „Flügel“ und der Patriotischen Plattform sympathisieren, sehr gute Chancen die Mehrheit in der Fraktion zu stellen.

<https://www.otto-brenner-shop.de/publikationen/obs-arbeitshefte/shop/die-afd-vor-der-bundestagswahl-2017-ah91.html>

<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1058795.die-voelkischen-uebernehmen-das-afd-ruder.html>

Gleich mehrere Studien haben sich mit den Gründen für die Wahl der AfD auseinandergesetzt. Insgesamt kommen sie zu dem zentralen Ergebnis, dass die populäre sogenannte Modernisierungsverlierer_innen-Hypothese nicht vollständig erklären kann, warum Menschen AfD wählen oder sich zu ihr hingezogen fühlen. Die AfD ist mitnichten die „Partei der kleinen Leute“, sondern hinsichtlich Einkommen und Bildungsstatus sehr heterogen zusammengesetzt. Nicht die objektive soziale Lage erklärt die Wahlentscheidung für die AfD, so bspw. die Studie der Hans-Böckler-Stiftung, sondern „gemeinsame subjektive Erfahrungen: Zurücksetzung innerhalb der Gesellschaft sowie die Wahrnehmung von Kontrollverlust.“

Überzeugende theoretische Erklärungen, warum solche subjektiven Wahrnehmungen zur Wahl-

entscheidung oder Sympathie für die AfD führen, liefern die Studien aber nicht. Zwar werden auch Einstellungen zu Fragen von Migration und Nation erhoben. Die subjektive Plausibilität rassistischer und nationalistischer Ordnungsvorstellungen und deren Zusammenhang mit öffentlich geteilten Wissensbeständen bspw. über Kultur, Nation oder „den Islam“ werden nicht aufgegriffen. Sie könnten aber erklären, warum gesellschaftliche Entwicklungen und deren Niederschlag in subjektiv empfundenen Deprivationserfahrungen eine Gelegenheitsstruktur darstellen, um sich exklusiven, nationalistischen und rassistischen Politikentwürfen zuzuwenden.

https://www.boeckler.de/pdf/p_fofoe_WP_044_2017.pdf

<https://www.iwkoeln.de/studien/iw-kurzberichte/beitrag/knut-bergmann-matthias-diermeier-judith-niehues-nrw-wahl-nur-wenige-afd-waehler-arbeitslos-349428>

<https://www.iwkoeln.de/presse/pressemitteilungen/beitrag/knut-bergmann-matthias-diermeier-judith-niehues-afd-anhaenger-neigen-zu-extremen-347678?highlight=afd>

https://www.iwkoeln.de/_storage/asset/325863/storage/master/file/12074327/download/IW-Kurzbericht_2017-10_Rechtspopulismus.pdf

http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.562050.de/17-29.pdf

Positionieren, Konfrontieren, Streiten – Neue Handreichung der Amadeu-Antonio-Stiftung zum Umgang mit der AfD

Kurz vor der Bundestagswahl hat die Amadeu-Antonio-Stiftung eine Neuauflage ihrer Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD veröffentlicht. Darin widmet sie sich mit zahlreichen Praxisbeispielen und Interviews der Geschichte der AfD, Diskussionen mit Rechtspopulist_innen und der Frage, wie in Parlamenten und Kommunalvertretungen, in Medien, der Kinder- und Jugendarbeit, der Schule und im Internet mit diskriminierenden Positionen, bspw. im Bereich der Familien- und Geschlechterpolitik, sowie rechtspopulistischen Strategien umgegangen werden kann. Dadurch möchte die AAS die Leser_innen ermutigen, sicherer und offensiver in die Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Positionen und Strategien zu treten. Hinsichtlich der Kinder- und

Jugendpolitik formuliert die AfD laut Broschüre im Bundeswahlprogramm lediglich im Zusammenhang mit dem Strafrecht Forderungen. Dort werde



erkennbar, dass das Jugendbild der AfD nur zwei starre Kategorien kenne: „entweder ein unmündiges Kind oder Erwachsene, die sich den vollen Konsequenzen ihres Handelns bewusst sind.“ Der individuellen Förderung von Kindern und Jugendlichen und einer eigenständigen Formulierung ihrer Interessen messe die Partei jedoch keine Bedeutung bei.

Demgegenüber könnten sich Jugendverbände und andere Akteur_innen der Jugendarbeit mit Hilfe

ihres Leitbildes, ihrer Satzung oder mit Hinweis auf grundlegende Werte positionieren und Haltung zeigen.

<http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/publikationen/positionieren-konfrontieren-streiten.pdf>

Stellungnahme der Aktionsgemeinschaft Junge Flüchtlinge in NRW zu Abschiebungen nach Afghanistan

Ein Beschluss der Trägerkonferenz der „Aktionsgemeinschaft Junge Flüchtlinge in NRW“ vom 3. Juli 2017

Die Aktionsgemeinschaft Junge Flüchtlinge in NRW fordert die neue Landesregierung auf, nicht nach Afghanistan abzuschicken und sich für einen bundesweiten Abschiebestopp nach Afghanistan einzusetzen.

Eine Abschiebung in Sicherheit und Würde ist in Afghanistan derzeit nicht gewährleistet. Afghanistan befindet sich momentan im Krieg mit 20 terroristischen Gruppierungen, und die Sicherheitslage hat sich – nicht nur durch den Anschlag auf die deutsche Botschaft in Kabul am 31. Mai 2017 – sehr verschlechtert. Die Zahl der zivilen Opfer in Afghanistan ist weiterhin sehr hoch. Vor allem beobachten wir mit großer Sorge eine starke Verunsicherung unter jungen Afghan_innen, die sich hier in Deutschland in Integrationsmaßnah-

men befinden und auf ihre Anerkennung warten. Permanente Androhung einer Abschiebung und Unklarheit fördern einen Zustand der Angst und Hoffnungslosigkeit.

Die Sicherheitslage muss deshalb unter besonderer Berücksichtigung humanitärer Gesichtspunkte aktuell neu bewertet werden. Wir halten einen derzeitigen Abschiebestopp zum Schutz der Menschen für dringend geboten. Wir setzen uns für eine Bleiberechtsregelung für afghanische Staatsbürger_innen in Deutschland ein, die insbesondere jungen Menschen Integrationsperspektiven eröffnet.

Menschen Todesgefahr auszusetzen missachtet humanitäre Grundlagen sowie Flüchtlings- und Menschenrechte.

Studie „Die ‚Flüchtlingskrise‘ in den Medien“ - Neue deutsche Medienmacher kritisieren besorgten Wissenschaftler

Aus einer Pressemitteilung der NdM

Mit Verärgerung nehmen die Neuen deutschen Medienmacher die Berichte über eine Studie des Kommunikationswissenschaftlers Michael Haller zur Kenntnis, nach der die deutschen Medien in der sogenannten Flüchtlingskrise versagt hätten. Indirekt redet Haller all jenen Verschwörungstheoretiker_innen und Rassist_innen das Wort, die der „Lügenpresse“ pauschal vorwerfen, mit den Mächtigen unter einer Decke zu stecken und die Probleme bei der Integration von Geflüchteten und Migranten bewusst zu verschweigen.

So etwa behauptet Haller, die „Mainstream-Medien“ hätten in ihrer Berichterstattung angeblich weitgehend die „Position der Bundesregierung“ übernommen und kritische Stimmen ausgegrenzt. Absurderweise jedoch sind die Ergebnisse seiner Studie, die die Berichterstattung von Februar 2015 bis März 2016 analysiert, weitaus komplexer als Hallers eigene Schlussfolgerung daraus.

Die Studie zeigt beispielsweise auf, dass geflüchtete Menschen als die eigentlichen Betroffenen in

den Medien nur wenig zu Wort kamen – genau so wenig wie engagierte Helfer_innen, Nachbar_innen, Vertreter_innen von Willkommensinitiativen oder deren Widersacher_innen. Auch unabhängige Fachleute seien kaum gehört worden; stattdessen hätten die Regierungsparteien den Diskurs dominiert.

Allerdings spiegelte sich die starke gesellschaftliche Spaltung in jener Zeit auch in der Regierungskoalition wieder: in einem Dauerstreit um Grenzkontrollen und „Obergrenzen“. Es stimmt zwar, dass sich z. B. die Bild-Zeitung mit dem Slogan „Refugees Welcome“ anfangs hinter die Kanzlerin stellte; Leitmedien wie der „Spiegel“ und die „Zeit“ dagegen sahen Merckels Politik schon sehr früh sehr skeptisch. Die Bundesregierung reagierte auf diese Stimmungen, indem sie das Asylrecht in kürzester Zeit massiv verschärfte (siehe Asylpaket I und II im Oktober 2015 und Februar 2016). Breiten Raum in der Studie nimmt eine Analyse des Begriffs der „Willkommenskultur“ ein, der in

der Tat für einen Paradigmenwechsel in der deutschen Migrationspolitik steht. Zugleich operiert Haller selbst aber völlig unreflektiert mit Schlagworten des rechten Diskurses: So spricht er von „Merkels Grenzöffnung“ für die Flüchtenden aus Ungarn, die vielmehr der Verzicht auf eine Schließung der EU-Grenzen war. Ohne jede kritische Reflexion nutzt Haller aufgeladene Schlagworte wie „politische Eliten“, „Mainstreammedien“ und „besorgte Bürger“ – dabei ist Letzteres ein bekannter Euphemismus und verharmlosende Selbstbezeichnung für Rechtsextreme und völkische Nationalist_innen à la Pegida.

Haller beklagt, dass die Stimmen dieser „besorgten Bürger“ in den Medien zu kurz gekommen seien. Unfreiwillig komisch wird es im Fazit, wo es heißt, die „gewalttätige Szene in den östlichen Bundesländern“ sei „pauschal als Dunkeldeutschland etikettiert und ausgegrenzt“ worden (S. 133). Hätte man sie denn besser als konstruktives Element der Zivilgesellschaft betrachten sollen? Haller hängt hier einer merkwürdigen Vorstellung von journalistischer „Neutralität“ an, die nicht zwischen rassistischen Gewalttäter_innen und

gesetzestreuen Bürger_innen unterscheiden mag. Aber wie sollen Medien über die Angriffe eines rechten Mobs gegen den Bürgermeister von Tröglitz oder über rassistische Krawalle wie in Heidenau „neutral“ berichten?

Interessanterweise kommt die Studie gar nicht zu dem Befund, dass die Medien überwiegend emphatisch, wohlwollend und aus der Perspektive von geflüchteten Menschen über das Thema berichtet hätten – Hallers Warnrufe und die begleitenden Berichte klingen jedoch anders.

Fazit: Nicht nur Journalist_innen und Medien können voreingenommen und parteilich an ein Thema herangehen, sondern auch vermeintlich „neutrale“ Wissenschaftler_innen bei der Interpretation ihrer eigenen Studienergebnisse.

Infos:

Neue deutsche Medienmacher

Potsdamer Str. 99

10785 Berlin

Tel. 0 30 / 26 94 72 30

vassiliou-enz@neuemedienmacher.de

<http://www.neuemedienmacher.de>

„Die Wahlprüfsteine“ befragt Parteien vor der Bundestagswahl zum Diskriminierungsschutz

Insgesamt 93 Fragen aus den unterschiedlichsten Lebensbereichen haben CDU/CSU, SPD, DIE LINKE, Bündnis90/Die Grünen, FDP und AfD – also diejenigen Parteien, die bei der Bundestagswahl 2017 gute Chancen auf den Einzug in den Bundestag haben – dem Projekt „Die Wahlprüfsteine“ beantwortet. Dabei standen die sechs im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) genannten Diskriminierungsmerkmale ethnische Herkunft, Geschlecht, Religion, Behinderung, Lebensalter und sexuelle Identität im Fokus, doch auch bisher ungeschützte Merkmale wie Gewicht wurden betrachtet.

Die Wahlprüfsteine zeigen, auf wie unterschiedlichen Ebenen Handlungsbedarf gegen Diskriminierungen gesehen wird: z. B. hinsichtlich Gesetzen, die als diskriminierend empfunden werden, Gesetzen zum Diskriminierungsschutz, die in vielen Fällen als nicht weitgehend genug empfunden werden, oder hinsichtlich der Prävention von Diskriminierung. Ausgangspunkt der Wahlprüfsteine

ist die Ansprache von Diskriminierung als gesamtgesellschaftlichem Problem und die Behandlung von Diskriminierungsschutz als Menschenrechtspflicht.

In dem Projekt haben sich 18 Verbände und Initiativen wie z. B. Amoro Drom oder der Antidiskriminierungsverband Deutschland zusammengeschlossen, um ihre Wahlprüfsteine zu den Themen Antidiskriminierung und Gleichstellung zu bündeln. Sie vereinen hierbei ihre Erfahrungen, um zu zeigen, wie Diskriminierungen die Gesellschaft in allen Bereichen tief durchdringen und wie viel Arbeit noch notwendig ist für eine Gesellschaft, in der alle die gleichen Rechte und die gleichen Möglichkeiten von Teilhabe haben. Mit dem Instrument der Wahlprüfsteine fragen sie nach den Antworten der Parteien auf die von ihnen identifizierten Probleme.

Die Wahlprüfsteine sind einsehbar unter <http://www.die-wahlpruefsteine.de/>.

Nicht mit uns! Eine Bremer Erklärung

Im Folgenden wird eine Erklärung mit bundesweitem Anspruch verschiedener Bremer antirassistischer und antifaschistischer Initiativen und Personen dokumentiert.

Die Bundestagswahl im September 2017 steht unter besonderen Vorzeichen. Sie wird entscheiden, ob nach dem Aufflammen rechter Gewalt auf den Straßen künftig auch im Deutschen Bundestag eine Partei vertreten sein wird, die offen rechtsradikale Positionen vertritt.

Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) versucht, die politische Rechte in der Bundesrepublik neu zu erfinden. An den Start gegangen als nationalkonservative Mittelstandspartei gelingt es ihr inzwischen, Parolen im Stile der NPD salonfähig erscheinen zu lassen. Während draußen Unterkünfte für Asylsuchende brennen, reden AfD-Vertreter_innen von Schießbefehlen an den EU-Außengrenzen, fürchten das Aussterben des „deutschen Volkes“, stellen das Gedenken an den Holocaust in Frage, versuchen die Errungenschaften der Frauen_bewegung ungeschehen zu machen, wollen die Rechte von Arbeitnehmer_innen und Erwerbslosen einschränken und mobilisieren gegen Geflüchtete, Homosexuelle, Alleinerziehende und alle anderen, die nicht in ihr eindimensionales Weltbild passen. Mit ihrer Strategie des kalkulierten Tabubruchs rückt sich die AfD nicht nur geschickt ins mediale Rampenlicht, sondern verstärkt insgesamt ein gesellschaftliches Klima

der Ausgrenzung.

Dass NPD, Republikaner und Co. mit solchen Tönen bundesweit nie eine nennenswerte politische Kraft werden konnten, lag nicht zuletzt an dem eindeutigen Echo aus der Zivilgesellschaft: Euer Rassismus ist kein akzeptabler Standpunkt und wer gegen Minderheiten hetzt, bekommt dafür keine Talkshow, kein Podium und keine Straße! Trotz all unserer Unterschiede – diese Haltung eint uns auch heute. Wir dulden keine Hetzer_innen. Wir sehen die vielen dringlichen Missstände in der Bundesrepublik und weltweit. Die neuen Zäune und Mauern in den Köpfen und an den Grenzen, die Armut und den Krieg. Aber wir wissen: Die alten und die neuen Rechten sind Teil des Problems und nicht der Lösung. Wir werden uns an der Verbreitung ihrer Parolen nicht beteiligen. Wo wir sind, bekommen sie kein Forum – weder auf der Straße, noch in unseren Vereinen, in unseren (Hoch)Schulen und Betrieben, Läden und Kneipen, an unseren Treffpunkten oder im Parlament.

Die Erklärung sowie die initiierten und unterstützten Initiativen sind einsehbar unter <https://bremer-erklaerung/>.

Webseite von Amnesty International gibt Anregungen für die Menschenrechtsbildung

Die Webseite www.amnesty-bildung.de gibt einen Überblick zu Bildungsmaterialien und Workshops von Amnesty International. Sie richtet sich an alle, die Kinder- und Menschenrechte vermitteln möchten und Anregungen und Methoden zu verschiedenen menschenrechtlichen Themen suchen.

Workshopangebote zu Themen wie Rassismuskritik, Menschenrechte allgemein, Menschenrechtsverletzungen usw. werden vorgestellt und können gebucht werden. Darüber hinaus stellt die Webseite Bildungsmaterialien zur Menschenrechtsbildung.

Jugendmigrationsdienste beraten nun auch auf Russisch

Eine der größten Zuwanderungsgruppe aus Nicht-EU-Staaten sind junge Menschen aus russischsprachigen Ländern. Insbesondere im Bereich des Ehegattennachzugs besteht hier ein erheblicher Beratungsbedarf. Neben der erfolgreichen Onlineberatung der Jugendmigrationsdienste (JMD4YOU) auf Deutsch und Türkisch, wurde das Projekt nun um ein russischsprachiges erweitert. Unter <http://putjwgermaniju.org> können sich ab sofort

junge Menschen noch vor ihrer Migration nach Deutschland auf Russisch beraten lassen. Dieses Projekt dient zur Vorbereitung von jungen, russischsprachigen Menschen, die nach Deutschland auswandern möchten. Um sie optimal vorzubereiten, beraten die Jugendmigrationsdienste (JMD) bereits in mehreren Sprachen über das Onlineportal www.jmd4you.de. Die türkische Vorab-Beratung hat gezeigt, wie hilfreich sie ist. Junge

Menschen kommen vorbereitet und mit realistischen Vorstellungen in Deutschland an. Weitere Fragen fängt der JMD vor Ort auf. Mit über 450 Beratungsstellen deutschlandweit werden jähr-

lich 110 000 junge Menschen mit Migrationshintergrund beraten und auf ihrem Integrationsweg begleitet. So wird eine lückenlose Unterstützung im Migrationsprozess gewährt.

Eine familienfeindliche Regelung feiert Zehnjähriges – 10 Jahre Sprachnachweis für Menschen, die zu ihren Ehepartner_innen nach Deutschland umziehen wollen

Aus einer Pressemitteilung des Verbandes binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e. V.

Seit August 2007 müssen Menschen, die zu ihrem Ehepartner nach Deutschland nachziehen wollen, einen Deutschtest vor der Einreise erbringen.

10 Jahre Familientrennung, Leid und Frustration kennzeichnen das traurige Jubiläum.

„10 Jahre nun schon müssen binationale Familien diesen Nachweis erbringen, der weder integrationsförderlich noch hilfreich ist“, macht Hiltrud Stöcker-Zafari, Bundesgeschäftsführerin des Verbandes, deutlich. „Wir fordern von der im Herbst neu gewählten Bundesregierung die Abschaffung des Nachweises und damit ein eindeutiges Ja zu allen Familien in diesem Land.“

Menschen werden – vor allem aus weniger wirtschaftlich starken Ländern – mit Hürden versehen, die für Familien oft zu monatelangem Warten und Vermissen führen. Gerade im heute sehr globalisierten und mobilen Familienleben gehört diese Regelung abgeschafft.

Im August 2007 trat die Novellierung des Zuwanderungsgesetzes in Kraft. Damals wurde im Rahmen des Ehegattennachzugs der Nachweis von Deutschkenntnissen vor der Einreise eingeführt, um mit dem Partner/der Partnerin von außerhalb Europas in Deutschland als Familie zusammen



**verband binationaler
familien und partnerschaften**

leben zu können.

„Wir fragen uns seit damals, ob ökonomische Interessen bedeutsamer sind

als staatsbürgerliche Rechte? Wer qualifiziert ist, wandert über den Arbeitsmarkt zum Partner ein. Wer diese Möglichkeit nicht hat, hat kaum eine Chance auf ein gemeinsames Leben in Deutschland. Ein Staat, der die Partnerwahl von Bildungsbiografien abhängig macht, greift eklatant in Persönlichkeitsrechte ein“, erinnert Stöcker-Zafari.

Infos:

Hiltrud Stöcker-Zafari

Bundesgeschäftsführerin

Verband binationaler Familien u. Partnerschaften, iaf e.V.

Ludolfusstraße 2-4

60487 Frankfurt am Main

Tel: 0 69 / 71 37 56 12

stoecker-zafari@verband-binationaler.de

<http://www.verband-binationaler.de>

Neues Instrument zur interaktiven Auswertung von internationalen Jugendbegegnungen

Gerade derzeit finden zahlreiche Jugendbegegnungen statt oder sind momentan in der Nachbetrachtung. Oft kommen dabei einige Fragen auf: Was war gut und was war noch nicht optimal? Was können wir beim nächsten Mal besser machen? Wie hat es den Teilnehmenden gefallen? Haben wir unsere Ziele erreicht?

Gerne würde mensch sich weiterentwickeln, doch allzu mühsam ist es, auch noch einen Fragebogen zu entwerfen!

Mit der Online-Plattform i-Eval lassen sich Jugendbegegnungen nun noch einfacher auswerten! Auf www.i-eval.eu stehen fertige und wissen-

schaftlich entwickelte Fragebögen für die digitale Auswertung von Jugendbegegnungen zur Verfügung und machen die Auswertung damit einfach und komfortabel.

Die Teilnehmenden beantworten die Fragen auf dem Computer, dem Smartphone oder jedem anderen internetfähigen Gerät. Hierfür werden Codes generiert, mit denen die Teilnehmenden Zugang zur Befragung erhalten. Die Ergebnisse können umgehend in Form von Tabellen und Grafiken ausgewertet werden. Zusätzlich zur Auswertung für die eigene Qualitätsentwicklung können die Daten auch wissenschaftlichen Zwecken zur

Verfügung gestellt werden. Die Nutzung ist für die Träger kostenlos, in verschiedenen Sprachen möglich und leicht handhabbar.

Stiftung EVZ fördert Begegnungen mit NS-Opfern

Die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ) fördert Begegnungen junger Menschen mit ehemaligen Zwangsarbeiter_innen und anderen Opfern des Nationalsozialismus. Sie vergibt Reisekostenzuschüsse an gemeinnützige Vereine und bürgerschaftliche Initiativen mit Sitz in Deutschland, die NS-Opfer aus Mittel- und Osteuropa, Israel, den USA und anderen Ländern nach Deutschland einladen wollen. Die Förderung besteht in pauschalisierten Reisekostenzuschüssen als Festbetragsfinanzierung zur Deckung der Fahrtkosten, Fahrtnebenkosten und eines Teils der Verpflegungskosten. Bei Reisen von Zeitzeug_innen kann eine Begleitperson pro Zeitzeuge_in gefördert werden.

Weitere Infos sind erhältlich unter <http://www.i-eval.eu>.

Eine Bewerbung ist fortlaufend möglich, doch spätestens drei Monate vor Projektbeginn. Weitere Informationen sowie das Antragsformular findet mensch unter <http://www.stiftung-evz.de/handlungsfelder/auseinandersetzung-mit-der-geschichte/begegnungen-mit-zeitzeugen.html>.

Infos:

Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“

Lindenstr. 20-25

10969 Berlin

Tel: 0 30 / 25 92 97 0

info@stiftung-evz.de

<http://www.stiftung-evz.de>

Fördermöglichkeit der Europäischen Kommission „Action Grant – Prevent and combat racism, xenophobia and other forms of intolerance“

Die EU-Kommission hat im Themenbereich Rassismus und Diskriminierung Fördermittel unter dem Titel „Prevent and combat racism, xenophobia and other forms of intolerance (REC-RRAC-RACI-AG-2017)“ ausgeschrieben. Bewerbungsschluss ist der 7. November 2017. Bewerbungen können sich NGOs (mindestens zwei) oder eine NGO in Kooperation mit einer staatlichen Institution. Alle Anträge müssen über das EU Participant Portal (<http://ec.europa.eu/research/participants/portal/desktop/en/home.html>) gestellt werden. Weitere Informationen zum Antragsverfahren finden sich im Applicant guide (http://ec.europa.eu/research/participants/data/ref/other_eu_prog/common/just-rec-guide-applicants-17_en.pdf).

Beantragt werden können nationale oder internationale Projekte, die mindestens zwei Partner_innen (Antragsteller_in und Partner_in) umfassen und bei denen die Fördersumme zwischen 75 000 und 500 000 Euro beträgt.

Die Kommission hat u. a. folgende Prioritäten benannt:

- Projekte, die auf die Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus gerichtet sind,
- Projekte, die auf die Prävention und Bekämpfung von anti-muslimischem Rassismus gerichtet sind
- Projekte, die auf die Prävention und Bekämpfung von Rassismus gegenüber Migrierten gerichtet sind,
- Projekte, die auf die Prävention und Bekämpfung von anderen Formen von Diskriminierung, wie Homo- und Transfeindlichkeit, Antiziganismus, Rassismus gegenüber Schwarzen Menschen oder Hassverbrechen gegen Menschen mit Behinderungen gerichtet sind.

Der Link zum Programm selbst lautet: <http://ec.europa.eu/research/participants/portal/desktop/en/opportunities/rec/topics/rec-rrac-raci-ag-2017.html>.

Ausschreibung des Deutsch-Polnischen Jugendpreises „Gemeinsam in Europa. Ein Ziel“

Das Deutsch-Polnische Jugendwerk (DPJW) zur Teilnahme am Deutsch-Polnischen Jugendpreis

ein. Unter dem Motto „Gemeinsam in Europa. Ein Ziel“ können sich Jugendbegegnungen aus



**Gemeinsam
in Europa.
Ein Ziel**
Deutsch-Polnischer
Jugendpreis
2017–2019

Deutschland und Polen bewerben, die sich mit den Themen Vielfalt, Menschenrechte und „Toleranz-erziehung“ auseinandersetzen.

Der Jugendpreis richtet sich an Schulen, Nichtregierungsorganisationen und Bildungsträger, die mit Jugendlichen im Alter

von 12 bis 26 Jahren, in begründeten Fällen auch jünger, arbeiten. Eine deutsch-polnische Jugendbegegnung, die zwischen 4 und 28 Tage dauert. Auch Projekte mit einem_r Partner_in aus einem

Drittland sind möglich. Die Jugendbegegnungen müssen zwischen dem 1. Januar und 31. Oktober 2018 in Deutschland und/oder Polen stattfinden. Gern gesehen werden Projekte, die aus je einer Hin- und Rückbegegnung bestehen.

Ideen in Form einer kurzen Projektskizze können über das Online-Anmeldeformular bis zum 20. September 2017 einreichen. Alle Anmelde-dokumente müssen in polnischer und deutscher Sprache verfasst werden. Sämtliche Informationen zu dem Wettbewerb und das Anmeldeformular finden Sie auf der Webseite des DPJW unter www.dpjw.org/jugendpreis.

Ausschreibung „Miteinander, füreinander!“ der Robert Bosch Stiftung

Die Robert Bosch Stiftung fördert mit dem Programm „Miteinander, füreinander! Begegnungen mit Flüchtlingen gestalten“ Praxisprojekte, die Begegnungen auf Augenhöhe zwischen geflüchteten Menschen und der lokalen Bevölkerung vor Ort herstellen. Für eine Förderung bewerben können sich Initiativen aus Kommunen mit einer Einwohnerzahl von bis zu 100 000 (Stadtteile von größeren Kommunen fallen nicht darunter) oder „strukturschwache“ Regionen. Initiator_innen oder Kooperationspartner_innen können kulturelle und soziale Einrichtungen, Gemeinden, Migrant(inn)enorganisationen, Geflüchteten(selbst)organisationen, Verbände und Vereine sein.

Das Projekt, das in erster Linie Erwachsenen gelten soll, muss von Vertreter_innen der lokalen

Bevölkerung und Geflüchteten gemeinsam geplant und durchgeführt werden. Alle am Projekt teilnehmenden Personen sollen gleichberechtigt an der Gestaltung der Begegnung mitwirken. Es kann eine Förderung von maximal 20 000 € beantragt werden. Die Mindestprojektlaufzeit beträgt drei Monate. Nicht gefördert werden Einzelveranstaltungen (z. B. Willkommensfeste) sowie reine Sprachkurse und Projekte zur Traumabewältigung. Auch Begegnungscafés, Onlineangebote für Geflüchtete oder reine Freizeitaktivitäten können nicht gefördert werden.

Es gibt derzeit keine Bewerbungsfrist. Bewerbungen werden laufend entgegengenommen. Weitere Informationen und das Bewerbungsportal finden Sie <http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/html/64720.asp>.

10. Ausschreibungsrunde der „Werkstatt Vielfalt“ von Robert Bosch Stiftung und Stiftung Mitarbeit

Noch bis zum 15. September 2017 können sich Interessierte mit ihren Projektideen für das Programm „Werkstatt Vielfalt“ bewerben. Gefördert werden Projektideen, die lokal oder stadtteilübergreifend angelegt sind. Das heißt, sie beleben und aktivieren ihre unmittelbare Nachbarschaft, ihre Gemeinde oder ihr Viertel. Außerdem sind sie längerfristig ausgerichtet (sechs bis 24 Monate). Inhaltlich kommen Projekte in Frage, die Begegnungen junger Menschen zwischen acht bis 27 Jahre untereinander oder mit anderen Menschen fördern, das Verständnis verschiedener gesellschaftlicher Gruppen füreinander vertieft und die unterschiedlichen Interessen, Erfahrungen und

Fähigkeiten für ein gemeinsames Vorhaben und Engagement nutzen oder die Selbstwirksamkeit und aktive Teilhabe junger Menschen an ihrem Lebensumfeld unterstützen. Ab sofort können auch Projektanträge eingereicht werden, die den Transfer eines bereits erfolgreich durchgeführten Projektes aus dem Programm „Werkstatt Vielfalt“ zum Ziel haben. Das Förderprogramm der Robert Bosch Stiftung wird in Kooperation mit der Stiftung Mitarbeit durchgeführt.

Nähere Informationen befinden sich unter https://www.mitarbeit.de/foerderung_projekte/werkstatt_vielfalt/.

BAMF – Anträge für Zuwendungen aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) können eingereicht werden

Bis zum 26. September 2017 können sich eingetragene juristische Person des Privatrechts, des öffentlichen Rechts oder internationale Organisationen allein oder in Partnerschaft mit anderen um eine EU-Zuwendung aus dem AMIF bewerben, wenn sie ein Projekt im Bereich Asyl, Integration oder Rückkehr planen. Projektmaßnahmen sind

förderfähig, wenn sie frühestens am 1. Januar 2017 und spätestens am 1. Juli 2018 beginnen. Die maximal geförderte Projektdauer beträgt 24 Monate. Ausführliche Informationen sind erhältlich unter http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/EU_AMIF/aufforderung-einreichung-2017.pdf?__blob=publicationFile.

Seminare und Tagungen**Seminar „Aktive im Themenfeld Migration gewinnen: Mit Medieneinsatz mobilisieren, weiterbilden, organisieren“**

Termin: 7. September 2017

Ort: Düsseldorf

Infos:

DGB-Bildungswerk-Bund – Migration & Gleichberechtigung

Hans-Böckler-Str. 39

40476 Düsseldorf

Falko Blumenthal

Tel: 02 11 / 43 01 55 5

falko.blumenthal@dgb-bildungswerk.dehttp://www.migration-online.de/beitrag._aWQ9M-TAOMzc_.html**Diversity-Grundlagentraining**

Termin: 8. und 9. September 2017

Ort: Berlin

Infos:

Eine Welt der Vielfalt e.V.

Schillerstraße 59

10627 Berlin

Tel: 0 30 / 31 21 08 0

Fax: 0 30 / 30 10 97 51

info@ewdv-diversity.de<http://www.ewdv-diversity.de/angebote/diversity-trainings/>**Jugendkongress „Grenzenlos solidarisch“**

Termin: 8. bis 10. September 2017

Ort: Oer-Erkenschwick

Infos:

Malte Lohmeier

Bildungsreferent im Salvador-Allende-Haus / SBZ

Tel: 0 23 68 / 69 06 51

malte.lohmeier@allende-haus.de**Konferenz „Zukunft bestimmen: Afrofeministische_LGBTIQ* Perspektiven auf Bildung, Politik & Identität“**

Termin: 9. September 2017

Ort: Berlin

Infos:

info@africavenir.org<http://tinyurl.com/y9ttejml>**6. Panafrikanismuskongress „Herausforderungen des globalen Widerstands gegen Rassismus“**

Termin: 9. und 10. September 2017

Ort: München

Infos:

AK. Panafrikanismus München

Augsburger Straße 13

80337 München

Tel: 0 89 / 41 61 59 95 9

Fax: 0 89 / 76 22 36

sekretariat@panafrikanismusforum.net<http://www.panafrikanismusforum.net>**Tagung „Rassismus und Antisemitismus in der Schule“**

Termin: 13. September 2017

Ort: Köln

Infos:

Zentrum für LehrerInnenbildung an der Universität zu Köln

mona.massumi@uni-koeln.de<http://zfl.uni-koeln.de/rassismus-antisemitismus-2017.html>

Empowermentworkshop für Pädagog_innen of color „let's talk about us – Empowerment von und für Mädchen_of color in die Praxis umsetzen“

Termin: 15. September 2017

Ort: Wuppertal

Infos:

Geschäftsstelle der Landesarbeitsgemeinschaft Mädchenarbeit in NRW e.V.

Robertstraße 5a

42107 Wuppertal

Tel: 02 02 / 75 95 04 6

Fax: 02 02 / 75 95 04 7

lag@maedchenarbeit-nrw.de

<http://www.maedchenarbeit-nrw.de> und www.maedchenarbeit-nrw.de/info/reloaded/workshop-reloaded-ii-26-6-17.pdf

Fortbildung „Irgendwie Hier! Reflexive Arbeit mit jungen Geflüchteten“

Termin: 14. und 15. September 2017

Ort: Duisburg

Infos:

LAG Jungenarbeit NRW

Kai Mausbach

Tel: 02 31 / 53 42 17 4

kai.mausbach@lagjungenarbeit.de

Sven Leimkühler

Tel: 02 03 / 44 99 95 56

info@jungsev.de

http://lagjungenarbeit.de/downloads/2017/2017-09-14_reflexiv.pdf

Seminar „Mediale Sprache und Vielfalt“

Termin: 19. September 2017

Ort: Düsseldorf

Infos:

DGB-Bildungswerk-Bund – Migration & Gleichberechtigung

Hans-Böckler-Str. 39

40476 Düsseldorf

Falko Blumenthal

Tel: 02 11 / 43 01 55 5

falko.blumenthal@dgb-bildungswerk.de

<http://tinyurl.com/yanrr6a8>

Fachtagung „Protestantismus und Antiziganismus“

Termin: 20. September 2017

Ort: Berlin

Infos:

Dr. Christian Staffa

Studienleiter für Demokratische Kultur und Kirche
Evangelische Akademie zu Berlin

Charlottenstraße 53/54

10117 Berlin

<http://www.eaberlin.de>

<http://bagkr.de/2017/08/04/einladung-zur-fachtagung-protestantismus-und-antiziganismus-am-20-september-berlin/>

Seminar „Rechtsextreme Lebenswelten“ – Frauen in der rechten Szene – Funktionsweisen und Dynamiken

Termin: 25. und 26. September 2017

Ort: Altenkirchen

Infos:

Evangelische Landjugendakademie

Dieperzbergweg 13-17

57610 Altenkirchen

Tel: 0 26 81 / 95 16 91 8

kohl@lja.de

<http://www.lja.de>

Fortbildung Land in Sicht! „Erfolgreich gegen Rechtsextremismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Gewalt“

Termine: 25. und 26. September, 12. und 13. Oktober, 30. November und 1. Dezember 2017

Ort: Bautzen

Infos:

AGJF Sachsen e. V.

Kai Dietrich

Neefestraße 82

09119 Chemnitz

Tel: 03 71 / 53 36 42 4

Fax: 03 71 / 53 36 42 6

dietch@agjf-sachsen.de

www.agjf-sachsen.de/modulreihen.html

Fachtagung „Zehn Jahre EU Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien. Lokale Erfahrungen und gesellschaftliche Anforderungen“

Termin: 29. September 2017

Ort: Duisburg

Infos:

AWO Bundesverband e. V.

Blücherstraße 62/63

10961 Berlin

<http://tagungen.awo.org/?seminar=4718fbd4d1895d5b3d1a6d9d054205da>

Konferenz Afrika-Diskurs V „Afrika neu denken – Afrika im Zentrum? Die neue Entdeckung Afrikas“

Termin: 29. und 30. September 2017

Ort: Frankfurt am Main

Infos:

Entwicklungspolitisches Netzwerk Hessen e.V.

Nadja Losse

Vilbeler Straße 36

60313 Frankfurt

Tel: 0 69 / 91 39 51 70

anmeldung@afrika-im-zentrum.de

<http://afrika-im-zentrum.de/>

Anti Bias Vernetzung „Flucht & Forum Theater“

Termin: 29. Spetember bis 1. Oktober 2017

Ort: Weimar

Infos:

Stiftung „Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar“

Christian-Friedrich Lohe

Bildungsreferent

Gesellschaftspolitische Bildung

Jenaer Straße 2-4

99425 Weimar

Tel: 0 36 43 / 82 71 41

Fax: 0 36 43 / 82 74 54

lohe@ejbweimar.de

<http://ejbweimar.de/de/veranstaltungen/detail/anti-bias-vernetzungstreffen-zum-thema-flucht-mit-der-methode-forum-theater/0/+//+//>

Forum „Gegen den Hass. Die Kirchen in der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus“

Termin: 29. und 30. September 2017

Ort: Magdeburg

Infos:

Bischöfliches Ordinariat Magdeburg

Max-Josef-Metzger-Str. 1

39104 Magdeburg

Tel: 03 91 / 5961 19 5

<http://www.bagkr.de/konferenzenanmeldung>

hjr-Fachtag zur Interkulturellen Jugendverbandsarbeit in Hessen

Termin: 30. September 2017

Ort: Frankfurt am Main

Infos:

Hessischer Jugendring

Schiersteiner Str. 31-33

65187 Wiesbaden

Rabia Salim

salim@hessischer-jugendring.de

Seminar „Medien in der Bildung nutzen. Die Praxis aus rechtlicher Sicht“

Termin: 4. Oktober 2017

Ort: München

Infos:

DGB-Bildungswerk-Bund - Migration & Gleichberechtigung

Hans-Böckler-Str. 39

40476 Düsseldorf

Falko Blumenthal

Tel: 02 11 / 43 01 55 5

falko.blumenthal@dgb-bildungswerk.de

http://www.migration-online.de/beitrag_aWQ9M-TAOMzk_.html

Seminar „Roma-Holocaust in Deutschland und Tschechien“

Termin: 5. bis 8. Oktober 2017

Ort: München

Infos:

Bayerischer Jugendring K.d.ö.R.

Valerie Dusch

Herzog-Heinrich-Straße 7

80336 München

dusch.valerie@bjr.de

<https://www.bjr.de/termin/seminar-zum-roma-holocaust-86.html>

Fachtag „Rassismus. Ein Problem der Mitte der Gesellschaft“

Termin: 6. Oktober 2017

Ort: Berlin

Infos:

Deutscher Bundesjugendring

Mühlendamm 3

10178 Berlin

<https://www.dbjr.de/>

Seminar „Bei uns ist man pünktlich“ – Alltäglicher Rassismus in Deutschland

Termin: 6. Oktober 2017

Ort: Bornheim

Infos:

Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e. V.

Richartzsstr. 2-4

50667 Köln

Tel: 02 21 / 2585 75 4

Fax: 02 21 / 61 72 86

rotekarte@koelnische-gesellschaft.de

<http://www.koelnische-gesellschaft.de>

Fachaustausch „Vom FÜR zum MIT. Junge Geflüchtete in der Jugendverbandsarbeit“

Termin: 10. Oktober 2017

Ort: Berlin

Infos:

Landesjugendring Berlin e.V.

Obentrautstr. 57

10963 Berlin

Tel: 0 30 / 81 88 61 00

info@ljrberlin.de

<http://www.ljrberlin.de/fachaustausch-vom-f%C3%BCr-zum-mit>

„Odin mit uns!“ – Fachtagung zu Wikingerkult und Rechtsextremismus

Termin: 9. und 10. Oktober 2017

Ort: Oeversee

Infos:

Koordination Regionale Beratungsteams gegen Rechtsextremismus

AWO Interkulturell

Regionales Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Flensburg (Stadt Flensburg, Kreis Schleswig-Flensburg & Kreis Nordfriesland)

Tel: 04 61 / 48 06 51 60

<http://www.rbt-sh.de>

<http://wikingerkult-und-rechtsextremismus.de/>

Transnationale Konferenz „Prussian Colonial Heritage – Sacred Objects and Human Remains in Berlin Museums“

Termin: 14. und 15. Oktober 2017

Ort: Berlin

Infos:

Berlin Postkolonial e.V.

Projektbüro

Kameruner Str. 1

13351 Berlin

Tel: 0 30 / 40 05 90 48 bzw. 01 79 / 91 00 97 6

Fax: 0 30 / 40 05 90 68

buero@berlin-postkolonial.de

<http://www.berlin-postkolonial.de/cms/index.php/9-news/kurzmeldungen/127-conference-prussian-colonial-heritage>

GET TOGETHER – Kontaktbörse für Träger politischer Bildung und Selbstorganisationen Geflüchteter

Termin: 23. und 24. Oktober 2017

Ort: Weimar

Infos:

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB)

Silke Neumann

Mühlendamm 3, 10178 Berlin

Tel: 0 30 / 40 04 01 00

neumann@adb.de

<http://www.adb.de>

**Fachtagung Eltern- und Familienbildung
„Einmalig gut! – Die Vielfalt von familiären
Lebensentwürfen in Angeboten der Eltern-
und Familienbildung diskriminierungsfrei und
identitätsfördernd aufgreifen“**

Termin: 23. und 24. Oktober 2017

Ort: Berlin

Infos:

Paritätisches Bildungswerk Bundesverband e. V.

Charlotte Struck

Oranienburger Str. 13-14

10178 Berlin

Tel: 0 30 / 24 63 64 74

struck@pb-paritaet.de

http://www.pb-paritaet.de/veranstaltungen/fobi2017/501_fachtag_eltern_und_familienbildung.htm

**Fachsymposium „Antisemitismus an der
Schule _ ein beständiges Problem? Hand-
lungsstrategien und Empowermentkonzepte“**

Termin: 24. und 25. Oktober 2017

Ort: Berlin

Infos:

ZWST e. V.

Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment

Tel: 0 30 / 51 30 39 88

info@zwst-kompetenzzentrum.de

<http://zwst-kompetenzzentrum.de/anmeldung-fs-2017/>

**Fortbildung Land in Sicht! „Erfolgreich gegen
Rechtsextremismus, gruppenbezogene
Menschenfeindlichkeit und Gewalt“**

Termine: 27. Oktober und 11. November 2017

Ort: Görlitz

Infos:

AGJF Sachsen e. V.

Kai Dietrich

Neefestraße 82

09119 Chemnitz

Tel: 03 71 / 53 36 42 4

dietrich@agjf-sachsen.de

<http://www.agjf-sachsen.de>

**Fachtag „Sprachlos!? – Theaterpädagogik
und Zirkus in der Arbeit mit Geflüchteten“**

Termin: 7. November 2017

Ort: Berlin

Infos:

transfer e. V.

Grethenstr. 30

50739 Köln

Tel: 02 21 / 95 92 19 0

Fax: 02 21 / 95 92 19 3

roever@transfer-ev.de

<http://www.transfer-ev.de>

**Fachtag „Medienpädagogik und Leichte
Sprache bei Ferienprogrammen mit Geflüch-
teten“**

Termin: 9. November 2017

Ort: Berlin

Infos:

transfer e.V.

Grethenstr. 30

50739 Köln

Tel: 02 21 / 95 92 19 0

Fax: 02 21 / 95 92 19 3

roever@transfer-ev.de

<http://www.transfer-ev.de>

**BBE-Kongress „PatInnen, MentorInnen und
LotsInnen in der Unterstützung und Integ-
ration von geflüchteten Menschen: Wissen-
stransfer, fachlicher Austausch und Vernet-
zung“**

Termin: 9. und 10. November 2017

Ort: Berlin

Infos:

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

Tel: 0 30 / 62 98 01 10

Fax: 0 30 / 62 98 01 51

info@b-b-e.de

<http://www.b-b-e.de/projekte/patinnen-mentorinnen-lotsinnen/>

Ausbildung für Multiplikator_innen „Abgrenzung, Ausgrenzung, Abwertung: Diskriminierungsformen, Akteure und Präventionsmöglichkeiten“

Termin: 10. bis 12., 24. bis 26. November, 1. bis 3. Dezember 2017

Ort: Hattingen

Infos:

Deutscher Gewerkschaftsbund

Bezirk Nordrhein-Westfalen

Am Homberg 44-50

45529 Hattingen

Tel: 0 23 24 / 50 82 00

Fax: 0 23 24 / 50 82 20

<http://www.dgb-seminare.de>

<https://www.mohrevents.de/LZpB/ausbildung-fuer-multiplikatoren/afm/>

Die IDA-Infomail erscheint mehrmals jährlich und wird herausgegeben vom

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V. (IDA)

Volmerswerther Str. 20

40221 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 15 92 55-5

Fax: 02 11 / 15 92 55-69

Info@IDAeV.de

www.IDAeV.de

Redaktion: Sebastian Seng

V.i.S.d.P.: Ansgar Drücker

Informationen ohne Quellenangabe sind unterschiedlichen Mitglieds- oder Verbandszeitschriften, Websites sowie Pressemeldungen entnommen. IDA e. V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein durch das Finanzamt Düsseldorf-Süd, Steuer-Nummer: 106/5748/1122, als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 KJHG, als Träger der politischen Erwachsenenbildung und wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

ISSN 1611-8952